

# **DKP-Informationen**

**Nr. 3/2016 - 27. April 2016**

## **3.Tagung des Parteivorstandes 23./24. April 2016**

**Hannover**

---

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP  
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen  
- Eigendruck -  
Kostenbeteiligung:1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

# **3. Tagung des Parteivorstands der DKP**

23./24. April 2016, Hannover

---

## **Inhalt**

1. Tagesordnung
2. Referat „Herausforderungen für die Arbeiterbewegung“  
- Olaf Harms, Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
3. Einleitungen zur Auswertung des 3. Tages des 21. Parteitages  
- Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP  
- Günter Pohl, Sekretär für internationale Arbeit
4. Beschlüsse

## **Tagesordnung**

1. Eröffnung und Beschlusskontrolle
2. Auswertung des 3. Tages des 21. Parteitags
3. Sofortprogramm der DKP
4. 19. UZ-Pressfest
5. Referat und Diskussion „Herausforderungen für die Arbeiterbewegung“
6. Kommissionen des Parteivorstands
7. Weitere Beschlussfassungen
8. Schlusswort

# 3. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. April 2016, Hannover

---

(Unkorrigiertes Manuskript.  
Es gilt das gesprochene Wort.)

## Herausforderungen für die Arbeiterbewegung

**Olaf Harms, Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit**

### I. Aktuelles

#### 1. TTIP

Es war richtig, dass wir den Tagungsort des Parteivorstandes für die heutige Tagung von Essen nach Hannover verlegt haben, damit wir an der Demonstration gegen TTIP teilnehmen können. Es hat Spaß gemacht, sichtbar als Kommunistinnen und Kommunisten dieses Landes zusammen mit vielen Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen gegen das Diktat der Konzerne, für deren Umsetzung Obama und Merkel stehen, aktiv zu werden. Bereits im Januar 2014 haben wir darauf hingewiesen, dass dieses Freihandelsabkommen nur qualifiziert werden kann als Unterwerfung von Staaten unter Kapitalinteressen großer Konzerne. Die Forderung nach Stopp der Verhandlungen haben inzwischen Millionen Menschen europaweit unterschrieben. Und dennoch wird es so sein, dass es nicht ausreichen wird, um das Abkommen zu verhindern. Wir werden uns infolgedessen auf breitere Abwehrkämpfe einstellen müssen, sei es zur Sicherung der Arbeits- und Sozialstandards, sei es um den Erhalt von der Umwelt und den Menschen dienenden Richtlinien, sei es gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge: Schon heute sollten wir in Betrieben und Gewerkschaften darüber diskutieren, was an dem Tag, an dem über dieses Abkommen entschieden wird, passiert und wie wir den gesellschaftlichen Widerstand dagegen sichtbar machen. Aber so weit sind wir noch nicht. Zunächst steht an, die für den 24.09.16 in verschiedenen Städten geplanten regionalen Demonstrationen und Aktionen vorzubereiten und aktiv zu unterstützen.

#### 2. Friedensorientierung

Die 2. PV-Tagung im Februar dieses Jahres hat aus unserer Sicht in zwei Fragen wichtige Inhalte gesetzt. In der Frage der Flucht, der Ursachen und unserer Orientierung haben wir den notwendigen Kampf gegen Rassismus mit einer materialistischen Herangehensweise an

das Massenbewusstsein und die Instrumentalisierung der Geflüchteten für Angriffe auf die soziale Lage aller Ausgebeuteten in unserem Land ergänzt. Ein Artikel, den Patrik auf dieser Basis für die Themenseite der jungen Welt geschrieben hatte, wurde vielfach aufgegriffen und verbreitet.

Wir hatten uns daneben ausführlich mit der Friedensfrage und der Situation in der Friedensbewegung befasst. Dies wurde in der Partei diskutiert und es gab viel Zustimmung zur Herangehensweise, Inhalte höher zu gewichten als die Personalisierung von Konflikten. Mittlerweile gibt es eine sehr hoffnungsvolle Tendenz, dass innerhalb der Friedensbewegung Gräben, die noch vor wenigen Monaten existierten, überwunden sind oder überwunden werden. Wie so oft half dabei auch die Aktion. Denn die Ostermärsche können durchaus zu vorsichtigem Optimismus Anlass geben. Noch nicht so von der Gesamtzahl der Teilnehmer, aber durchaus von der Anzahl der Märsche, die aus unserer Sicht zugenommen hat. Dabei können wir auch feststellen, dass an vielen Orten die Aktivitäten unserer Genossinnen und Genossen dazu beigetragen haben. Auch vor diesem Hintergrund begrüßen wir es sehr, dass es die Überlegung gibt, für den Herbst auf eine große und gemeinsame Massenaktion der Friedensbewegung am 8. Oktober zu setzen.

Aus meiner Sicht ist es genau das, was wir im Ergebnis unserer inhaltlichen Debatten der vergangenen PV-Tagung mit aller Kraft unterstützen müssen. Wir müssen die Vorbereitung dieser Demonstration zu unserem Schwerpunkt machen, wir müssen unser Pressefest auf die Vorbereitung dieser Aktion richten. Wir liegen richtig mit unserer Aktion in Büchel, die müssen wir zu einem Erfolg machen. Unsere Schwesterparteien aus den Niederlande, Belgien und Luxemburg haben mittlerweile ihre Teilnahme zugesagt. Bei der vergangenen PV-Tagung haben wir die strategische Bedeutung der Zusammenführung von Friedens- und Arbeiterbewegung betont, das wird jetzt konkret.

Es darf aus meiner Sicht in den kommenden Monaten kein gewerkschaftliches oder betriebliches Gremium geben, in dem wir als Gewerkschafter aktiv sind, in dem nicht die Unterstützung und Mobilisierung für diese Aktion der Friedensbewegung diskutiert und möglichst entsprechende Beschlüsse gefasst und mit Leben erfüllt werden.

Es freut uns, dass die Aktionskonferenz der Friedensbewegung, die diese Aktion vorbereiten soll, am 2. Juli in Dortmund tagt. Wir freuen uns darauf, im Anschluss hoffentlich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei uns auf dem Pressefest begrüßen zu können. Wir garantieren, dass ihr euch bei diesem Fest des Friedens und der Solidarität wohlfühlen werdet, und noch besser, wir garantieren, dass unser Pressefest auch ein großer Workshop zur Diskussion über die Umsetzung eurer Beschlüsse werden wird.

In die Vorbereitung dieser Aktion können wir sehr gut die Verbreitung unseres Forderungsprogramms einbeziehen. Es zeigt die Verbindung von Krieg, Hochrüstung, Flucht und sozialer Frage auf. Es macht das, was notwendig ist, um der Spaltung der Ausgebeuteten entgegenzuwirken und damit die Grundlage für „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ zu legen.

Lasst mich in diesem Zusammenhang auch kurz etwas zur Aktionskonferenz „Aufstehen gegen Rassismus“ sagen, die an diesem Wochenende in Frankfurt tagt. Unser Genosse Paul vertritt uns dort und ist deswegen bei unserer Tagung entschuldigt. Wir begrüßen jedes Aufstehen gegen Rassismus. Wir sehen allerdings im Aufruf zu dieser Konferenz auch eine inhaltliche Lücke. Wer von Flucht und Solidarität mit Flüchtlingen redet, muss auch die Hauptursache der Flucht, die Kriege und die Verursacher der Kriege nennen. Darauf zu verzichten halten wir nicht für zulässig bzw. für gefährlich. Wir hoffen, dass der Kongress diesen Mangel korrigiert.

### **3. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz: Umbruch in der politischen Parteienlandschaft und der weitere Aufstieg der AfD**

Erst oder schon 6 Wochen sind seit den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz verstrichen. Insgesamt brachten sie über das Wahldatum und über die jeweilige Landespolitik weit hinaus reichende innen- und gesell-

schaftspolitische Dynamik und Umbruchsituation im bisherigen Parteiensystem zum Ausdruck.

Diese Dynamik besteht – wenn man die aktuellen Umfragewerte der Bundestagsparteien hinzurechnet – vordergründig in drastischen, ja zum Teil dramatischen Verluste der Regierungsparteien CDU und SPD.

Sie besteht in Verlusten auch bei der parlamentarischen, linken Oppositionspartei „Die Linke“, in persönlichen Wahlerfolgen für die bisherigen Ministerpräsidenten Kretschmann („Grüne“) und M. Dreyer (SPD) in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, in der Rückkehr der FDP auf die landespolitischen Bühnen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, aber vor allem im Durchmarsch der bis ins faschistische Lager hin offenen rechtskonservativen AfD.

#### **Mehr als nur ein „Super-Wahlsonntag“ – Umbruch im Parteiensystem**

Die Einschätzung der Süddeutschen Zeitung unmittelbar nach dem Wahltag lautete dann nicht ganz zu Unrecht:

„Super-Wahlsonntag in Deutschland. Die Flüchtlingskrise hat die politische Landschaft der Bundesrepublik deutlich verändert. Auch wenn die CDU in Sachsen-Anhalt und die SPD in Rheinland-Pfalz wohl wieder die Regierungschefs stellen werden – die beiden großen Volksparteien gehen schwer lädiert aus diesem Wahltag hervor.“

Bedeutsam dürfte für die herrschenden Fraktionen und politischen Steuerleute des Groß- und Monopolkapitals die Frage sein:

„Wird die bisherige von uns aufgebaute und finanzierte Struktur des BRD-Parteiensystems weiterhin so funktionieren, dass in der Arbeitsteilung zwischen den bisherigen „Volksparteien“ – einerseits unserer Hauptpartei CDU/CSU und andererseits der traditionsreichen, große Teile der Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung fest an unser System bindenden SPD – unsere Interessen am besten gewahrt werden?“

Oder ist der Wechsel zu einer anderen Form unserer parlamentarisch verbrämten Machtausübung nötig?“

#### **Suche nach einer neuen politischen „Reserve-Kraft“: Die AfD als Scharnier**

Denn worin besteht die Hauptgefahr für die herrschende Klasse, die imperialistische Bourgeoisie? Sie besteht doch darin, dass, aus welchen Gründen auch immer, sich relevante Teile der Werktätigen und der Gewerkschaften nicht mehr vom Konzept der „christlich-konservativen“ oder „sozialdemokratisch-reformistischen“ Großparteien überzeugen, sich mit dem Kapitalismus versöhnen lassen und das bürgerlich-parlamentarische „Bäuschen-Wechsel-Dich-Spiel“ zwischen kapitalhöriger Regierung und nicht minder kapitalhöriger Schein-Opposition nicht mehr mitmachen.

Dass die Gabriel-SPD jetzt bundesweit in den letzten Umfragen teilweise schon unter die 20-Prozent-Grenze abgerutscht ist und in Sachsen-Anhalt von der AfD in den Schatten gestellt wird und mit nur noch 13 Prozent fast zu einer Art „Kleinpartei“ zu werden droht, so dass nicht einmal mehr eine große Koalition aus CDU und SPD eine ausreichende parlamentarische Mehrheit bekommen konnte, das ist doch das eigentliche Warnzeichen für die Herrschenden.

Und dass die einst noch als Reservelösung sich anbietende, und besonders von der jetzigen Führungsgruppe der Partei „Die Linke“ angestrebte Integration der einstigen ostdeutschen „Volkspartei“ in neue Regierungsvarianten von „Rot-Rot-Grün“ nun auch immer unrealistischer geworden ist, dürfte den Strategen in den Führungszentren der Arbeitgeberverbände und Konzerne auch einige Kopfschmerzen bereiten.

Das bisherige Parteigefüge wird aber durch die Erosion der beiden Langzeit-Regierungsparteien CDU und SPD am meisten infrage gestellt.

Es wird in Frage gestellt durch den schier unaufhaltsamen Aufstieg einer zumindest im Osten teilweise bereits Volkspartei charakter annehmenden AfD.

Im Leitantrag unseres Parteitages haben wir als Hintergrund für den Aufstieg der AfD auf Folgendes verwiesen:

*„Aus Sicht der Herrschenden bedarf es eines reaktionären Staatsumbaus, der es der Bourgeoisie ermöglicht, Massenproteste und Aufstände im Inneren zu unterdrücken. Die Entwicklung zu einem autoritären Sicherheitsstaat vertieft und beschleunigt sich ... Einflussreiche konservative und reaktionäre Kreise der Monopolbourgeoisie bedienen sich wieder offen faschistischer Kräfte als Druckmittel von*

*rechts. Das Zusammenspiel mit den Staatsorganen ist durch den NSU-Skandal offensichtlich geworden.“*

Der Leitantrag zählt die AfD zu den „Scharnierkräften“, die den „Übergang zum Bürgerturn ebnet“. Jetzt wird im unmittelbaren Vorfeld des Programmparteitags der AfD immer deutlicher, welche wirklich zutiefst reaktionäre, rassistische, arbeiterfeindliche und kapitalhörige Formation mit der AfD entstanden ist.

Die aktuellen Schlagzeilen um die Aussagen der AfD-Spitzenfunktionäre Beatrix von Storch und Alexander Gauland, wonach die AfD den Islam als „nicht mit dem Grundgesetz vereinbar“ einstuft und sich als „Anti-Islam-Partei“ zu profilieren gedenkt, vermitteln nur einen kleinen Teil ihrer reaktionären Programmatik.

Wenn die AfD-Vizevorsitzende B. von Storch die AfD als eine „wirtschaftsliberale Kraft“ einordnet und ihre grundsätzliche Sympathie z.B. für die Abschaffung der staatlichen Arbeitslosenversicherung bejaht, weil „der Markt auch den besten sozialen Ausgleich herstellt“, so macht sie deutlich, dass das Gerede von der AfD als der „Partei der kleinen Leute“ pure Demagogie ist.

Ein sehr gut gelungenes Beispiel für die Entlarvung der wirklichen arbeiterfeindlichen und gegen die Interessen der Werktätigen gerichteten ökonomischen und wirtschaftspolitischen Positionen dieser Partei war das im baden-württembergischen Wahlkampf verbreitete gemeinsame Flugblatt von SDAJ und DKP mit dem Titel „Die AfD – eine Alternative nur für die Banken und Konzerne“.

Darin stellen unsere Genossinnen und Genossen die Frage, ob die AfD wirklich eine Partei der kleinen Leute ist. Ihre Antworten sind klar und gut argumentiert, sie lauten:

„Nein, ganz im Gegenteil! In ihrem Landtagswahlprogramm für Baden-Württemberg verteidigt sie die ‚Schuldenbremse‘, die in Wirklichkeit nichts als ein Instrument ist, um soziale Sicherungen abzubauen und den Kommunen noch mehr Geld zu streichen, das sie für soziale, kulturelle, sportliche und andere Programme zum Nutzen der Bevölkerung ausgeben könnten.

Die AfD ist nicht gegen die Leiharbeit, die Millionen arbeitender Menschen in Deutschland zu einem Leben in Armut und Unsicherheit verurteilt, sondern nur für ihre ‚sachgerechte Weiterentwicklung‘.

Bildung soll laut der AfD wieder ‚leistungsorientiert‘ sein, was nichts anderes heißt, als den bildungs- und gesundheits-schädlichen Leistungsterror an den Schulen und Hochschulen (Stichwort G8, Bachelor und Master) noch weiter zu verschärfen.

Dass der Klimawandel von Menschen gemacht sei, hält die AfD trotz aller wissenschaftlichen Beweise für unbewiesen – eine Ansicht, die nur den Energie-, Öl- und Autokonzernen nützt, aber nicht den Menschen, die ein Interesse an einer intakten Umwelt haben.

Die Landesregierung soll aus Sicht der AfD ein verlässlicher ‚Partner der Wirtschaft‘ sein und den ‚Wirtschaftsstandort‘ ausbauen, unter anderem durch Steuersenkungen. Die AfD will also, dass die Regierung noch stärker als bisher ihre ganze Aufmerksamkeit den Interessen der Konzerne schenkt und ihnen noch effektiver dabei hilft, auf unserem Rücken ihre Profite einzufahren. Die Interessen der arbeitenden Menschen an guter und kostenloser Bildung und Gesundheitsversorgung, sozialer Sicherheit, würdigem Wohnraum sowie einem ausreichenden und kostenfreien Kultur- und Sportangebot bleiben dabei vollkommen auf der Strecke!“

Wir brauchen mehr solcher Materialien und es ist ein gutes Zeichen, wenn nun auch aus verschiedenen Gewerkschaften, wie ver.di – mit klaren Argumenten die AfD als „Partei für die Reichen“ entlarvt wird.

### **Der Platz der Kommunistischen Partei – nicht nur bei Wahlen**

Die Wahlergebnisse der DKP in Hessen – in den beiden anderen Ländern kandidierte sie mangels Kraft bekanntlich nicht – zeigt vor allem eins:

Die Kommunisten haben einen wahlpolitischen Platz.

Wir haben in Hessen in unterschiedlichen Formationen bei den Landtags- und Kommunalwahlen kandidiert und für unsere Verhältnisse ein hervorragendes Wahlergebnis für hessische Kommunistinnen und Kommunisten erzielt. Die Listen der DKP oder DKP-KandidatInnen auf anderen linken Listen gewannen 24 Mandate bei den hessischen Kommunalwahlen. In Reinheim und in Mörfelden-Walldorf gewannen die Liste der DKP bzw. die DKP / Linke Liste 13 Sitze als Stadtverordnete und Ortsbeiräte. 2011, bei den letzten Wahlen, waren es elf Sitze gewesen.

Mitglieder der DKP wurden in elf weitere Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Ortsbeiräte gewählt.

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die sich im Wahlkampf engagiert haben. Wir danken der gesamten hessischen Bezirksorganisation für dieses bundesweit bedeutsame Beispiel. Wir gratulieren allen, die sich als Kandidatinnen und Kandidaten den verstärkten Herausforderungen für das öffentliche Auftreten gestellt haben. Und wir gratulieren besonders allen Genossinnen und Genossen, die entweder bisherige Mandate verteidigt oder neue hinzugewonnen haben.

Was sind die verallgemeinerbaren Voraussetzungen und Bedingungen für diese Erfolge, die auch für andere Bundesländer und andere Wahlen gelten können?

Wer jetzt einen langen Katalog erwartet oder befürchtet, den muss ich enttäuschen.

Axel Koppey hat es auf einen Satz gebracht: „Wir versuchen, Menschen zu überzeugen, indem wir kontinuierlich vor Ort für die gemeinsamen Interessen arbeiten. Das hat sich ausgezahlt.“

So schätzt unser hessischer Bezirksvorsitzende ein: „Dazu gehörte auch, immer wieder zu diskutieren: Seit vielen Jahren sind keine Sozialwohnungen gebaut worden. Daran sind nicht die Flüchtlinge schuld. Die Flüchtlinge sind nicht dafür verantwortlich, dass die Grundsteuer und die KiTa-Gebühren erhöht worden sind.“ Axel hat auf den Protestcharakter der DKP-Stimmen und zugleich auf die niedrige Wahlbeteiligung und die schlechten Ergebnisse von CDU und SPD und deren Vertrauensverlust hingewiesen und betont: „Das ist auch ein Protest gegen die Rotstiftpolitik dieser Parteien.“

Die DKP werde diese Politik weiter bekämpfen. „Wir decken die sozialen Widersprüche auf. Damit ist es möglich, eine echte Alternative zur rassistischen Hetze zu zeigen: Unsere Willkommenskultur heißt gemeinsam kämpfen.“

Und richtig ist diese Erkenntnis auch im Vorfeld der kommenden Bundestagswahl und der weiteren Landtagswahlen des kommenden Jahres. Bei Wahlen zu kandidieren und in Parlamenten zu arbeiten, sieht die DKP nicht als alleinigen Schwerpunkt, sondern als Ergänzung ihrer außerparlamentarischen Arbeit im Stadtteil, im Betrieb und auf der Straße.

## **Der NSU-Skandal als Staats- und Verfassungsschutzaffäre im 60. Jahrestag des KPD-Verbots**

Die jüngsten Enthüllungen, wonach die drei NSU-Mörder nicht nur ein sicheres personales und organisatorisches Netz anderer organisierter Faschisten um sich hatten, sondern dass einer der Haupttäter Uwe Mundlos sogar in der Firma eines V-Mannes des Verfassungsschutzes als Vorarbeiter tätig gewesen war, und dass die NSU-Mörder mit vom ihm geleasteten Fahrzeugen ihre mörderischen Touren unternommen hatten, ist nur ein weiterer Mosaikstein aus dem Gesamtbild, das die allerengste Verwobenheit zwischen dem sog. Verfassungsschutz und den faschistischen Mördergruppen darstellt.

Nicht nur diese faschistischen Organisationen, nicht nur die NPD, gehören verboten und aufgelöst. Aufgelöst gehört auch der Verfassungsschutz, der in Wirklichkeit bei vielen, vielleicht den meisten bekannt gewordenen faschistischen Schandtaten direkt über seine Mittelsmänner als Strippenzieher beteiligt ist.

Wir fordern deshalb erneut von dieser PV Tagung das Verbot und die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen – voran der NPD, bei deren laufendem Verbotsprozess in den Medien schon jetzt der nächste Freispruch und das bevorstehende neue Scheitern des formalen Verbotsantrags angedeutet wird.

Falls ausgerechnet im 60. Jahre des Verbots der konsequentesten demokratischen und antifaschistischen Organisation der Nachkriegszeit, der KPD, das Bundesverfassungsgericht zum zweiten Mal der NPD einen Persilschein ausstellt und falls der Prozess gegen den NSU mit einem Bagatel-Urteil endet und die Serie der Überfälle auf Flüchtlings- und Asylwohnungen weiterhin wie bisher meistens ungesühnt bleibt, dann sind wir als DKP umso stärker gefordert, die Verbindung zwischen unseren sozialen und ökonomischen Forderungen und Initiativen, die heute im Mittelpunkt unserer PV-Tagung stehen, mit unserem Kampf gegen Rechts und den Neofaschismus zu verbinden.

Dazu wird auch die gemeinsam mit dem Bezirk Baden-Württemberg geplante Veranstaltung und Kundgebung des PV zum 60. Jahrestag des KPD-Verbotes am 10. September auf dem Platz der Grundrechte in Karlsruhe dienen.

## **4. Aktuelle Tarifrunden**

Reallohnverlust ist das Ergebnis der Tarifrunden bei IGM und ver.di, wenn sich die Arbeitgeber durchsetzen.

Die IGM fordert für die rund 3,8 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Tarifsteigerung von 5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Allein die börsennotierten Unternehmen haben 2015 einen Gewinn vor Zinsen und Steuern von 41,3 Mrd. Euro erzielt. Die Aktionäre erhielten im gleichen Jahr Dividenden in Höhe von 11,2 Mrd. Euro. Eine Erhöhung der Entgelte der Beschäftigten um ein Prozent würde die Unternehmen lediglich rund 0,9 Mrd. Euro jährlich kosten, rechnet die IGM dagegen.

Die Arbeitgeber boten in der zweiten Tarifverhandlung 0,9 Prozent an, in besonders gut laufenden Betrieben optional ergänzt um eine Einmalzahlung von 0,3 Prozent. Vor dem Hintergrund der prognostizierten Preissteigerungen würde das mindestens einen Reallohnverlust von 0,1 Prozent bezogen auf das Jahr 2016 bedeuten. Die Friedenspflicht endet am 28.04.16.

Auch ver.di fordert ein deutliches Lohnplus von 6 Prozent für die rund 2,2 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Ver.di begründet die Finanzierbarkeit ihrer Forderung mit einer prognostizierten Erhöhung der Steuereinnahmen von rund 30 Mrd. Euro. Ver.di weist ebenfalls darauf hin, dass die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst bei ca. 4 Prozent hinter der gesamtwirtschaftlichen Tarifenwicklung zurückliegt. Ebenfalls in der zweiten Verhandlungsrunde boten die Arbeitgeber ein Prozent ab dem 01.06.16 und 2 Prozent ab dem 01.06.17 bei einer Laufzeit bis zum 28.02.18 an. Jahresbezogen bedeutet dieses bei drei Null-Monaten eine Erhöhung von 0,6 Prozent in 2016 und 1,2 Prozent in 2017 bei einer prognostizierten Preissteigerung von 0,5 Prozent in 2016 und 1,5 Prozent in 2017. Wenn man es so rechnen will, steht einer Lohnerhöhung von 1,8 Prozent eine Preissteigerung von 2 Prozent gegenüber. Also auch hier ein Reallohnverlust von mindestens 0,2 Prozent. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 28./29.04.16 vereinbart.

Soweit zu den Fakten. Wollten wir diese bewerten, so können wir nur zu dem Schluss kommen: die Arbeitgeber, ob öffentlich oder privat, provozieren und testen anscheinend die Streik- und Durchsetzungsmacht der beiden größten Gewerkschaften. Wenn sie damit Er-

folg haben, dann sieht es für die künftige Tarifentwicklung in diesem Land schlecht aus. Es bleibt zu hoffen, dass sich beide Gewerkschaften auch untereinander kontaktieren und sich über die jeweiligen Zwischenergebnisse in Kenntnis setzen. Zugleich bietet es die Gelegenheit, dass es zu gemeinsamen Aktionen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Metall- und Elektroindustrie kommt. Wir rufen unsere Mitglieder dazu auf, sich an diesen Tarifausschließungen aktiv zu beteiligen; nicht zuletzt, um auch hier die Eigentumsfrage in die Diskussion einzubringen.

## II. Herausforderungen für die (deutsche) Arbeiterbewegung

Nachfolgend werde ich sechs Themen benennen, welche die Arbeiterbewegung für eine längere Zeit vor Herausforderungen stellen wird. Sie muss zu diesen Themen Grundpositionen entwickeln, und da, wo solche vorhanden sind, Möglichkeiten des Eingreifens entwickeln.

Unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten besteht darin, aktiv an der Erarbeitung dieser Grundpositionen mitzuwirken und Handlungsorientierungen zu entwickeln. Dabei werden wir gesellschaftliche Grundfragen, wie zum Beispiel das Eigentum an Produktionsmitteln, mit in die Diskussion einbringen. Insbesondere auch deshalb, weil es hier Anknüpfungspunkte gibt, die über das kapitalistische Gesellschaftssystem hinausreichen bzw. sich Probleme im Interesse der Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht lösen lassen werden.

Zu den Themen gehören:

### 1. Frieden

Hier spielen nicht nur aktuelle Entwicklungen eine Rolle. In unserem Leitantrag haben wir festgestellt:

*„Im Kapitalismus sind Produktion und Konsumtion grundsätzlich der Produktion von Mehrwert und einer Intensivierung der Kapitalverwertung untergeordnet. Bereits in seinem frühen Stadium, der freien Konkurrenz, führen die Entwicklung der Produktivkräfte und die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft der Lohnarbeiterschaft zu einer chronischen Überproduktion von Waren und Kapital. Diese Überakkumulation stößt auf die Begrenztheit und Planlosigkeit des kapitalistischen Marktes und auf die ‚Armut und Konsumtionsbeschränktheit der Massen‘ (Karl Marx). Die Un-*

*vermeidlichkeit der Überproduktionskrisen im Kapitalismus führt zu periodischen Entladungen und gewaltsamen Eruptionen in Form von Expansionsstreben und gewaltsamer Eroberung neuer Absatzmärkte. So entstehen unvermeidlich Expansionskriege zur Neuaufteilung, zur Ausweitung der eigenen Märkte sowie zur Sicherung von Rohstoffquellen und ihrer Zugangswege.*

*Der für die gesamte Epoche des Monopolkapitalismus/Imperialismus typische Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten ist in neuer Schärfe entbrannt. Imperialistische Kriege um Einflussphären, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungswegen ergeben sich aus der kapitalistischen Konkurrenz. Es hat sich gezeigt, dass die gesetzmäßige ungleiche Entwicklung des Kapitalismus die Verhältnisse permanent ändert, Koalitionen sprengt und dazu führt, dass sich neue bilden. Die aggressive Politik der Hauptländer des Kapitals, vor allem der USA und ihrer NATO-Partner, schürt weitere Krisenherde. Kriege und Versuche der Destabilisierung haben seither zugenommen ... Der deutsche Imperialismus wird aggressiver und militaristischer. Er hat die Rolle einer Ordnungs- und Führungsmacht der EU eingenommen, unterwirft die Länder der EU-Peripherie seinem Diktat und nutzt die EU im Kampf um Einflussphären und Rohstoffe in der Welt. Das werden die anderen imperialistischen EU-Staaten nicht hinnehmen. Die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr wird mit Rüstungsprojekten und Auslandseinsätzen von Afghanistan bis Zentralafrika gesteigert. In diesem Sinne ist auch die durch die BRD forcierte Verpflichtung der EU-Staaten zu sehen – festgehalten im Lissabon-Vertrag –, die eine weitere Militarisierung und die Erhöhung ihrer Militärausgaben vorschreibt. Militarismus soll die gesamte Gesellschaft durchdringen. Ziel ist der Aufbau einer EU-Armee unter deutscher Führung. Versuche zur Militarisierung der gesamten Gesellschaft werden vom militärisch-industriellen Komplex und der herrschenden Politik vorangetrieben.“* Vor diesem Hintergrund haben wir in der Handlungsorientierung beschlossen: *„Die DKP konzentriert ihre Kraft deshalb in den kommenden zwei Jahren auf das Stärken des antimilitaristischen Kampfes, der Friedens- und der antifaschistischen Bewegung. ... Diese Bewegung kann nur Kraft gewinnen, wenn nennenswerte Teile der Arbeiterklasse gewonnen werden. Die Mitglieder der DKP wirken deshalb in den DGB-Gewerkschaften und Betrieben im Sinne der Aktionseinheit auf eine Beteiligung der Kolle-*



*ginnen und Kollegen an Aktivitäten der Friedens- und antifaschistischen Bewegung hin.“*

An kaum einem anderen Thema kann der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit deutlicher gemacht werden, als an der Frage um Krieg und Frieden. Welche Interessen stehen grundsätzlich, aber auch derzeit hinter der aktuellen Kriegspolitik? Wer verdient am Krieg? Insbesondere die letzte Frage wirft die Verantwortung der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften in Bezug auf Rüstungsproduktion und damit einhergehenden Waffenexporten auf.

Die drei Themen- bzw. Handlungsfelder Kriegspolitik der Bundesregierung, Rüstungsproduktion/Rüstungskonversion und bundesdeutsche Waffenexporte sind besonders zu beachten:

Hier reichen Fensterreden von einzelnen führenden Gewerkschaftern oder Beschlusslagen von Gewerkschaftskongressen allein nicht aus. Dieses ist zwar zu begrüßen, aber grundsätzliche Positionierungen entwickeln an sich erstmal keinen gesellschaftlichen Druck und führen zudem nur bedingt zu Bewusstseinsveränderungen in der Arbeiterklasse. Ziel muss es sein, insbesondere die aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, auch und gerade im Betrieb, für ein aktives Eintreten zu gewinnen.

Dieses kann durchaus dadurch gelingen, dass wir verstärkt die Bildung von gewerkschaftlichen Arbeitskreisen Frieden anregen. Dass das möglich ist, zeigt ein Beispiel aus Hamburg. Dort wurde Anfang diesen Jahres in ver.di ein Arbeitskreis Frieden gegründet, der zum einen bewusst offen ist für die Mitglieder anderer Gewerkschaften und zum anderen dem Landesbezirksvorstand direkt unterstellt ist.

Zu überlegen wäre, ob wir nicht auch ein Material herausgeben, in dem wir deutlich machen, dass Kriege im Interesse des Imperialismus zu keinem Zeitpunkt den Interessen der Arbeiterklasse, gleich welcher nationalen Abteilung, entsprechen.

## **2. „Digitalisierung der Arbeit“**

Wir hatten auf dem Parteitag dazu im Leittrag festgestellt:

*„Wir erleben zugleich rasante Entwicklungen der Produktivkräfte, die neue Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur zur Folge*

*haben. Dies und die Folgen der kapitalistischen Krise haben enorme Auswirkungen auf die Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterklasse, ihre Organisations- und Kampfkraft. Vor unseren Augen wird mit immer neuen Serien revolutionärer Umwälzungen der Informationstechnik, mit Nano-, Gen- und anderen Techniken eine sich fortschreitend beschleunigende Entwicklung der Produktivkräfte betrieben. Damit und mit der Verbindung individualisierter, virtueller und selbstoptimierender Produktionssysteme werden neue Wellen von Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in der Klassen- und Sozialstruktur ausgelöst. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärft sich weiter. Unter kapitalistischen Bedingungen können die Produktivkräfte in Destruktivkräfte umschlagen. ...*

*Die Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Revolution bedeutet viel mehr als die von den Herrschenden in die Mediendebatte eingeschleusten Modebegriffe von ‚Industrie 4.0‘ oder ‚Kapitalismus 4.0‘. Die modernen Produktivkräfte entwickeln sich unter kapitalistischen Vorzeichen immer stärker auch zu Destruktivkräften – bis hin zur Gefahr der Selbstausslöschung der Gattung Mensch. Doch auch unterhalb dieser letzten Schwelle nehmen die Pervertierung der Produktivkraftentwicklung und ihre tendenzielle Barbarisierung zu. Das Privat- und Intimleben, alle Lebensgewohnheiten und privaten Daten werden in bisher unvorstellbarem Ausmaß Objekt und Opfer der Umwandlung zur Ware – nun nicht mehr nur im Produktionsprozess. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen Lohnarbeit und Kapital wird aber nicht ersetzt durch den angeblich klassenübergreifenden Widerspruch zwischen Mensch und Digitalisierung oder zwischen Roboter und Homo sapiens.“* Und in der Handlungsorientierung haben wir beschlossen: *„Ein zentrales Themenfeld wird die Änderung der Produktion in Betrieb und Verwaltung durch den Einsatz von Computern und Netzen sein, in deren Folge u. a. das Normalarbeitsverhältnis zerstört wird. Hier gilt es, Positionen und Forderungen zu entwickeln und diese in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion mit einfließen zu lassen. Eine zentrale Forderung, nämlich die nach Arbeitszeitverkürzung und Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ist schon heute in den Mittelpunkt zu stellen. Angesichts der Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses und der massenhaften Ausgrenzung von Menschen aus dem Produktionsprozess mit den Folgen von Massenarmut*

*müssen die von diesem Prozess besonders betroffenen Menschen stärker ins Blickfeld der Partei rücken. Es ist zu klären, wie es möglich ist, ihnen die Ursachen ihrer Situation bewusst zu machen, sie sozial und politisch zu organisieren.“*

Ergänzt wird die Handlungsorientierung durch den Beschluss, auf der Ebene des Parteivorstands und in möglichst vielen Bezirken Arbeitsgruppen zu gründen, die an dem Thema arbeiten, um Schlussfolgerungen für unsere politische Arbeit zu ziehen und eine breite Debatte über gesellschaftliche Alternativen, über einen künftigen Sozialismus, zu entwickeln. Hinsichtlich der Arbeitsgruppe auf der Ebene des Parteivorstands ist eine Gründung nicht erforderlich, da hier die Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der geeignete Ansprechpartner ist, zumal die Kommission bereits im letzten Jahr zu dem Thema ein erstes gewerkschaftspolitisches Forum organisiert hat. Die Ergebnisse der Diskussionen aus möglichen bezirklichen Arbeitsgruppen sollten in die Kommission transportiert werden.

### **3. Outsourcing**

Lediglich in 10 Prozent der betriebsratsfähigen Betriebe gibt es Betriebsräte. Der Anteil der Beschäftigten, die durch einen Betriebsrat vertreten werden, sinkt langsam, aber stetig. Betriebsräte sind nicht selbstverständlich. Und der Anteil der Beschäftigten, für die Tarife gelten, sinkt ebenfalls stetig. So gilt nur noch für rund 50 Prozent aller Beschäftigten ein Tarifvertrag. Ursache dafür ist der stetig wachsende Prozess der Ausgliederung von Produktions- und Verwaltungseinheiten, ist die Zergliederung der Unternehmen. Überwiegend finden tarifvertragliche Regelungen oder bisher bestehende Dienst- und Betriebsvereinbarungen spätestens nach Ablauf eines Jahres in den ausgegliederten Betriebsteilen keine Anwendung mehr. Die Ware Arbeitskraft wird billiger, der Profit steigt.

Die Tendenz ist absehbar, dass ein Produktionsbetrieb nur noch den Kern der Produktion beinhaltet, alle weiteren Gewerke und Dienstleistungen sind durch Outsourcing eigenständig und arbeiten zu (produktionsnah). Dazu gehören zum Beispiel Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Lagerung, Logistik und Transport. Aber nicht nur der Produktionsbereich ist betroffen. Auch im klassischen Dienstleistungsbereich finden ähnliche Prozesse statt. In der Verwaltung werden Bereiche wie EDV, Vertrieb, Warenwirtschaft ebenso outsourct. Das gleiche Bild zeigt sich auch

bei den sogenannten Menschen-nahen Dienstleistungen, wie zum Beispiel im Gesundheitswesen. Auch dort gibt es ein Outsourcing ohnegleichen, wenn die Bereiche Küche, Hauswirtschaft, Reinigung, Pflege etc. outsourct werden.

Diesem in allen Branchen stattfindenden Prozess wird, wenn überhaupt, nur durch die betroffenen Interessenvertretungen begegnet, und wenn es gut läuft, unterstützt durch die entsprechenden Gewerkschaften. Auf Seiten der Gewerkschaften ist eine branchenübergreifende Strategie gegen diese Praxis des Kapitals nicht erkennbar. Selbst wenn Gewerkschaften ein Kampf gegen dieses Outsourcing aufgezwängt wird, so scheitert dieser letztlich zugunsten von Besitzstandsregelungen. So geschehen beim Kampf von ver.di gegen die Neugründung von 43 DHL-Servicecentren, bei denen immerhin rund 7.000 Beschäftigte direkt betroffen waren.

Obwohl das Problem in den Gewerkschaften bekannt ist, existiert, neben vielen Handreichungen für Interessenvertretungen, die Auffassung, „dass die Frage der rechtlichen Position des Arbeitgebers („Darf der das?“) über die Freiheit der wirtschaftlichen Entscheidung und die der Interessenvertretungen zum Beispiel über das Betriebsverfassungsgesetz beantwortet“ ist. Natürlich spielt auch immer das Bewusstsein der Interessenvertretungen eine entscheidende Rolle. Hierzu hatten wir bereits auf unserer gewerkschaftstheoretischen Konferenz im Jahr 2013 Antworten gegeben.

Darüber hinaus sollten wir viel selbstbewusster die in unserem Grundgesetz vorhandene Verpflichtung privatwirtschaftlichen Handelns für das Gemeinwohl in den Fokus rücken. Wenn dieses nicht mehr gegeben ist, und das kann zumindest hinsichtlich der Tarifbindung für die nur noch rund 50 Prozent Beschäftigten untermauert werden, dann ist die Frage einer Enteignung bei „angemessener“ Entschädigung auf die Tagesordnung zu setzen: Letztlich ist es das Kapital selbst, welches die Eigentumsfrage in den Gewerkschaften zur Klärung vorantreibt. Und wir sollten es dabei kräftig „unterstützen“.

### **4. Arbeitszeit**

Noch vor zwei Jahren war es in den Gewerkschaften kaum möglich, die Frage nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich auf die Agenda zu setzen. Zwar teilten die Funktionäre dem Grunde nach

diese Forderung, verwiesen aber bei der praktischen Umsetzung darauf, dass die Belegschaften, die Mitglieder der Gewerkschaften dieses Thema nicht unterstützen würden, weil die Angst vor Arbeitsplatzverlust vor dem Hintergrund von Hartz IV und Co sowie von Ausgliederungen, also die Frage von Abwehrkämpfen, im Vordergrund stand. Heute können wir festhalten, dass zumindest in der Gewerkschaft ver.di erste zaghafte Versuche bestehen, auch aus den Reihen des Bundesvorstands die Frage der Arbeitszeitverkürzung vor dem Hintergrund der Folgen von Digitalisierung von Arbeit als eine von mehreren Lösungen zu diskutieren. Das ist gut so, und das sollten wir auch aufgreifen. Die durch Digitalisierung entstehende Produktivkraftentwicklung muss für Arbeitszeitverkürzung bei Lohn- und Personalausgleich genutzt werden, und nicht, um mit dem Argument der Demographie zukünftige Arbeitsplätze wegfallen zu lassen.

So sehr diese Ansätze der neuen Debatte über eine Arbeitszeitverkürzung zu begrüßen sind, so sehr sollten wir auch auf die Art der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung achten. In der IG Metall gibt es die Diskussionen nach einer Zeit für berufliche Fort- und Weiterbildung für die Beschäftigten. In ver.di gibt es darüber hinaus Überlegungen zum Beispiel nach einer Erhöhung von Urlaubstagen. Ja, all das ist, insbesondere wenn vom Arbeitgeber bezahlt freigestellt, eine Arbeitszeitverkürzung. Selbst Modelle, die Arbeitszeiten zu bündeln, um die Lebensarbeitszeit zu verkürzen, sind in der Diskussion. Doch bei all diesen von einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit abgehenden Modellen, die nach Auffassung der Gewerkschaften tarifpolitisch durchzusetzen sind, ist die Folge, dass es bei der Lage der Arbeitszeitverkürzung vom positiven Votum des Kapitals, also des einzelnen Unternehmens, abhängig gemacht wird. Damit hat es die Möglichkeit, zu besonderen Zeiten, wie zum Beispiel Saisonzeiten, die Ware Arbeitskraft einzusetzen, um die Arbeit in den Zeiten, in dem die Ware Arbeitskraft nicht benötigt wird, die Arbeitszeit zu verkürzen. Es besteht also die Gefahr, dass letztlich aus einer Arbeitszeitverkürzung, bei der das Kapital über dessen Lage entscheidet, es zu einer Intensivierung der Ausbeutung, und damit auch zu zusätzlichen Belastungen der Werktätigen kommt

Das Thema Arbeitszeitverkürzung begegnet uns inzwischen aber auch mit Formulierungen wie „eine neue Vollzeit für alle“. Dahinter steckt gedanklich das Modell, welches durch das

Bundesfamilienministerium in Verbund mit den Arbeitgeberverbänden in die Gesellschaft lanciert wird: mit dem Hinweis auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird diskutiert, ob die neue Vollzeit bei 30 bzw. 35 Stunden/Woche geregelt werden sollte. Mit dem Anwachsen der Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse, derzeit sind in unterschiedlichen Formen etwas über 50 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung in einem Arbeitsverhältnis, liegt die Erkenntnis nahe, dass es inzwischen zur Regel geworden ist, dass es zwei Verdienner in der Familie gibt. In der Regel der männliche Hauptverdiener mit einem Vollzeitvertrag mit im Durchschnitt 40 Std./Woche, und die weibliche Nebenverdienerin in einem Teilzeitverhältnis mit in der Regel 20 Std./Woche. Zusammen macht das 60 Stunden/Woche, führt im betrieblichen Alltag aber aufgrund der unterschiedlichen Wochenstundenanzahl zu Friktionen in der Einsatzplanung. Hinzu kommt, dass die Produktivität ab der 5./6. Stunde nicht mehr so hoch ist, wie am Anfang des Arbeitstages. Dem Kapital würde ein Produktivitätszuwachs allein dadurch entstehen, dass beide jeweils zu 30 Stunden/Woche geplant und eingesetzt werden. Soweit das Beispiel. Die Gefahr, die hier enthalten ist, ist die, dass mit einem gesetzlichen Federstrich die bereits durch die Produktivkraftentwicklung bezahlte ausstehende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich wegfallen würde. Ja, es würde im Gegenteil eher noch Rationalisierungseffekte nach sich ziehen. Immerhin ist es auf dem ver.di-Bundeskongress gelungen, die Forderung nach einer neuen Vollzeit für Arbeit zu ergänzen um eben diesen Passus: bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Vor diesem Hintergrund sollten wir erstens die Diskussionen um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich in den Gewerkschaften, aber auch insbesondere in den Betrieben, forcieren. Zweitens sollten wir die Diskussion um eine neue Vollzeit positiv begleiten, aber immer mit dem Hinweis, dass sich der Lohn dadurch nicht reduzieren darf. Drittens sollten wir die Zielsetzung einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit betonen.

## 5. Armut

Erschrecken muss jedoch die Äußerung des Bundesfinanzministers aus Mitte dieser Woche auslösen, die diametral einer Arbeitszeitverkürzung entgegenstehen. So forderte er, das Renteneintrittsalter vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung weiter zu erhö-

hen. Und das am besten zum Nulltarif bzw. zu Lasten der zukünftigen Altersgeneration. Denn er sprach nicht im gleichen Zuge davon, dass die Absenkung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2030 von derzeit 46 Prozent auf 43 Prozent des Nettolohnes ausgesetzt wird. Das bedeutet jedoch für rund 50 Prozent der Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen, dass sie schon heute absehen können, dass sie ihren Lebensabend in Armut und mit Unterstützung staatlicher Hilfe verbringen werden. Immerhin haben auch der DGB und seine Einzelgewerkschaften dieses Problem erkannt und wollen die Frage der Rentenformel auf die Tagesordnung setzen. Doch das reicht meines Erachtens nicht aus. Für die Finanzierung eines würdigen Lebens im Alter muss viel stärker als bisher das Kapital herangezogen werden. Sei es in der Frage seines Beitrags an der gesetzlichen Rentenversicherung, sei es an der Verpflichtung der Einführung einer verbindlichen betrieblichen Altersversorgung ausschließlich zu seinen Lasten, sei es an der Frage von kräftigen Lohnerhöhungen oder aber nicht zuletzt an der Anhebung des Mindestlohns von derzeit 8,50 € auf mindestens 15 € die Stunde. Schon diese kurze Zusammenstellung würde in das Drei-Säulen-Modell, welches aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge besteht, wieder angemessen Leben einhauchen.

## 6. Gesellschaftliche Alternativen

Im Leitantrag haben wir festgehalten:

*„Die gegenwärtige Epoche ist geprägt von der fortdauernden allgemeinen Krise des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Wie alle anderen imperialistischen Staaten beutet der deutsche Imperialismus die Arbeiterklasse hemmungslos aus und versucht, seine Interessen in Europa und der Welt durchzusetzen.“*

*Die kapitalistische Überakkumulation im Imperialismus ist an einem Punkt angelangt, an dem die Finanzspekulation zu einem zentralen Instrument des Finanzkapitals geworden ist, um einer Kapitalvernichtung zu entgehen. Staatsmonopolistische Eingriffe in Form von Bankenrettungsprogrammen sind dabei ein zentrales Mittel, eine Kapitalvernichtung auf Kosten anderer Klassen und Schichten im Monopolkapitalismus hinauszuzögern, um damit aber gleichzeitig die Grundlagen für eine Verschärfung der chronischen Überakkumulationskrise zu schaffen.*

*Entgegen des Eindrucks von Stärke ringt der Imperialismus mit seiner historischen Überlebtheit. Er ist ein parasitärer, faulender und sterbender Kapitalismus und entwickelt deshalb eine zunehmende Aggressivität nach innen und außen.“*

Dieser Kapitalismus kann die Probleme, die er schuf, nicht mehr innerhalb des Systems lösen. Es sind Wege aus dem Kapitalismus heraus zu finden. Diese Erkenntnis hat zumindest auf dem Bundeskongress von ver.di zu dem Beschluss geführt, über Alternativen nachzudenken.

Aus meiner Sicht besteht das Hauptmanko der Gewerkschaften tatsächlich darin, dass sie nicht mehr alternative Vorstellungen zum Kapitalismus entwickeln und dadurch gezwungen sind, am Krankenbett des Kapitalismus diesem die Spritze zum Weiterleben zu reichen.

Wer sich aber nicht mehr kritisch und über den Kapitalismus hinaus mit eigenen Vorstellungen beschäftigt, wer die gegebenen Verhältnisse in ihren Grundlagen als unverändert ansieht, der wird zwingend eine Politik betreiben, die darauf aus ist, immer wieder Abstriche zu Lasten der Arbeiterklasse zuzulassen.

Wir sollten nun aber nicht abwarten, welches Ergebnis die Diskussion in der Gewerkschaft ver.di über alternative Vorstellungen zum Kapitalismus erbringt, sondern uns in die Diskussion mit unseren gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen aktiv einbringen. Wir wagen uns noch viel zu wenig, darauf hinzuweisen, dass die Krisen und deren Folgen zum Kapitalismus gehören wie der Donner zum Regen und dass grundsätzliche Veränderungen im Interesse der Menschen dieses Landes nur gelingen, wenn der Kapitalismus überwunden wird. Dazu gehört die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Dazu gehört die gesellschaftliche Aneignung des Mehrwerts. Dazu gehört eine gesamtgesellschaftliche Planung. Dazu gehört, dass die Menschen, die den Reichtum erwirtschaften, auch entscheiden, was mit ihm passiert.

## III. Organisationspolitische Herausforderungen für die DKP

Der Kapitalismus stellt uns als in der DKP organisierte Kommunistinnen und Kommunisten, aber auch weit darüber hinaus, vor gewaltige Herausforderungen. Einige habe ich benannt. Der 21. Parteitag hat mit Leitantrag und Handlungsorientierung Antworten darauf gegeben. Und dennoch stellen sich Fragen.

- Was müssen wir tun zur Realisierung von Leitantrag und Handlungsorientierung?
- Wie kommen wir zu einem Mechanismus der dauerhaften stärkeren Fokussierung auf Betrieb und Gewerkschaften?
- Wie schaffen wir es, bis zum 22. Parteitag exemplarische Beispiele zur Reorganisation und Verwirklichung unserer Betriebsarbeit und Gewerkschaftspolitik zu setzen?
- Wie kommen wir, nach oftmals jahrelanger Einzelkämpferarbeit in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, wieder zu kollektiven und abrechenbaren Ergebnissen?

Diesen Fragestellungen müssen wir uns kollektiv und in der Gesamtpartei stellen und greifbare Lösungen erarbeiten. Ich meine, dass wir uns wesentlich stärker auf die in der Handlungsorientierung beschlossenen Maßnahmen konzentrieren und diese auch umsetzen müssen. Lasst mich ein Beispiel nennen. So haben wir in der Handlungsorientierung beschlossen:

*„Die bestehenden Strukturen im Bereich Betrieb und Gewerkschaft werden gefestigt und neue werden aufgebaut. Dazu wird in allen Gliederungen und auf allen Ebenen festgestellt, in welchen Branchen und Betrieben unsere Genossinnen und Genossen tätig sind. Sofern eine Mindestanzahl vorhanden ist, wird geprüft, ob es sinnvoll ist, diese Genossinnen und Genossen in neuen Grundorganisationen zusammenzuführen. Im Falle von Neugründungen muss eine Unterstützung durch die Leitungen organisiert werden.“*

Mir ist sehr wohl bewusst, dass diese Aufgabenstellung nicht leicht und kurzfristig umzusetzen ist. Es nimmt möglicherweise Zeit von Genossinnen und Genossen in Anspruch, die an anderer Stelle fehlt. Dennoch, die bisher bestehenden Beispiele aus Berlin und Hamburg machen doch Mut. Denn dort wurde die Mitgliederkartei durchforstet und es wurde festgestellt, dass es Genossinnen und Genossen gibt, die zwar in einer Branche tätig sind,

aber auf unterschiedliche Wohngebietsgruppen verteilt sind. Nach Diskussion mit den Gruppenverantwortlichen und im Bezirksvorstand konnte in Hamburg zumindest eine weitere Sammelbetriebsgruppe gegründet werden.

Dort, wo die Bildung von Sammel- oder Betriebsgruppen nicht möglich ist, ist ein anderer Weg, regelmäßige Treffen zu organisieren, damit ein Austausch der eigenen betrieblichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen mit denen anderer zielführend ist. Das kann manchmal sogar die Basis sein, um Arbeitsgruppen oder Kommissionen von Bezirksvorständen ins Leben zu rufen.

Warum arbeiten wir vor Ort nicht enger mit der SDAJ zusammen und warum unterstützen wir uns gegenseitig noch viel zu wenig? Denn insbesondere in dem Bereich der Gewerkschaftsjugend zeigt die Aktivität der SDAJ erste Erfolge. Anders ist die Unterstützung der Pfingstcamps des Jugendverbands durch einzelne DGB-Jugendgliederungen nicht zu verstehen.

Das sind nur drei Beispiele, wie der Beschluss, den wir in unserer Handlungsorientierung gefasst haben, umgesetzt werden kann. In jedem Fall bedarf es aber einer festen Verantwortlichkeit für den Bereich Betriebs- und Gewerkschaftspolitik in den Bezirken, die auch bereit ist, sich an der zentralen Erarbeitung unserer Politik auf der Ebene des Parteivorstands in der BuG-Kommission zu beteiligen. Das Finden dieser Verantwortlichkeit und die Begleitung der Umsetzung des Beschlusses ist aus meiner Sicht Chefsache, liegt also in der Verantwortung der jeweiligen Bezirksvorsitzenden.

Insofern freue ich mich, dass im Ergebnis auch der heutigen Beratung an der nächsten Sitzung der Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik unseres Gremiums nicht nur tatsächlich Rückmeldungen zur Teilnahme erfolgen, sondern auch Genossinnen und Genossen aus möglichst vielen Bezirken und BuG-Arbeitskreisen teilnehmen.

# 3. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. April 2016, Hannover

---

(Unkorrigiertes Manuskript.  
Es gilt das gesprochene Wort.)

## Zur Auswertung des 2. Teils des 21. Parteitags und des Parteitags insgesamt

### Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Die Auswertung des 2. Teils des 21. Parteitags besteht heute aus zwei Teilen, aus einer allgemeinen Einschätzung durch mich und einer speziellen zu den internationalen Anträgen, die Genosse Günter Pohl nach mir vornimmt.

Patrik Köbele und andere Mitglieder des Sekretariats haben bereits auf den beiden ersten Sitzungen des neuen Parteivorstands auf die enorme Fülle der Anträge zur Handlungsorientierung und vor allem zum Leitantrag des 21. Parteitags verwiesen. Das hat sich auch in seinem zweiten Teil fortgesetzt und bestätigt. Der 21. Parteitag fasste in seinen beiden Teilen die Resultate der ausführlichen Antragsdebatten und die breitgeführte Diskussion der Parteibasis zusammen und erhob sie zur verbindlichen Beschlusslage.

Die Parteitagsdiskussionen und Beschlüsse gehen insgesamt einher mit einer Konsolidierung des vom 20. Parteitag eingeschlagen politischen Weges, der Korrektur eines nach rechts abweichenden politisch-ideologischen Kurses, der in den im Januar 2010 vorgelegten „Thesen“ des damaligen Sekretariats seinen Ausdruck gefunden hatte. Der 21. Parteitag bestätigte auch die personellen Entscheidungen des 20. Parteitages und brachte eine Konsolidierung des damals gewählten neuen Leitungskollektivs. Das Vertrauen in den Parteivorstand ist gewachsen und die noch nach dem 20. Parteitag bestehende Unsicherheit in einigen Teilen der Partei, die von der jetzigen Opposition bewusst geschürt worden war, ist mehrheitlich einer stabilen Zuversicht gewichen. Dies stellt eine große politische Verpflichtung für unser kollektives Führungsorgan dar.

Wir haben als Parteivorstand, als Sekretariat und Vorsitzende für diesen von der großen Mehrheit der Partei gewollten und beschlossenen Weg die nötigen Schritte zu deren Umsetzung zu gehen und dafür die notwendige Unterstützung zu organisieren. Leitantrag und Handlungsorientierung sowie die anderen wichtigen Beschlüsse beider Teile des Parteitags müssen nun umgesetzt werden in Arbeitspläne der Bezirke, Kreise und Gruppen.

Diese Arbeit ist in den Bezirken und Kreisen mittlerweile weitgehend angelaufen.

Die Partei will in ihrer großen Mehrheit die Beschlüsse realisieren. In einigen Bezirken wurden gesonderte Aktivtagungen – wie in Nordbayern und Rheinland-Westfalen – durchgeführt. Dazu mache ich gleich weitere Ausführungen.

Von den Beschlüssen und Diskussionen des 2. Teils des Parteitags sind besonders die folgenden hervorzuheben:

- Der mit 99:52:6 gefasste Beschluss zur Beendigung des Status als beobachtendes Mitglied in der ELP.
- Der Auftrag an den Parteivorstand zu prüfen, ob er offizielle Beziehungen mit den Kommunistischen Parteien der Republik Lugansk und Donezk aufnehmen kann und will.
- Der Beschluss zur verstärkten Arbeit mit der UZ. Unter anderem haben wir beschlossen, dass jedes Mitglied a) ein Abo hat und b) bis zum Pressefest einen Probeleser gewinnt. Die PV-Mitglieder sollten hier mit gutem Beispiel voran gehen.
- Der Beschluss zur Bildung einer zentralen AG in Zusammenarbeit mit den bestehenden Kommissionen zur Erarbeitung qualifizierter Standpunkte zum Bereich der modernen Produktivkraftentwicklung (Stichwort: „Industrie 4.0“).
- Der Beschluss zur verbindlichen Strukturierung der Bildungsarbeit in allen Bezirken und Kreisen.
- Der Beschluss zur inhaltlichen Vorbereitung des 100. Jahrestags der Oktoberrevolution mit einer von der Geschichts- und Bildungskommission und den Bezirken vorzubereitenden zentralen Abschlussveranstaltung mit der gemeinsamen Trägerschaft von Rotfuchs, SDAJ und DKP unter Hinzuziehung weiterer kommunistischer Partner sowie weiteren Veranstaltungen in

den Bezirks- und Landesorganisationen.

- Der Beschluss zur Neuherausgabe des „Gruppenanleitungsheftes“ mit entsprechender Seminarbegleitung zur Parteikonzeption und zum Organisationsverständnis der DKP.

Alles in allem sind das anspruchsvolle Aufgaben, die die ganze Kraft der Führungen auf allen Parteiebenen erfordert.

Wie ich eingangs bereits sagte, hat die große Mehrheit der Partei sich die Parteitagsdokumente und Beschlüsse angeeignet und beginnt sie mit Leben zu erfüllen. Am letzten Sonntag hat zum Beispiel der Bezirk Rheinland-Westfalen auf einer extra einberufenen Bezirksaktivtagung seine auf den Beschlüssen des Parteitags basierende Arbeitsplanung für den Bezirk diskutiert. Seine Grundkonzeption wurde bestätigt und der Arbeitsplan wird auf der Mai-Tagung des Bezirksvorstands dann auch endgültig beschlossen werden. In Nordbayern und Ruhr-Westfalen fanden ebenfalls Aktivtagungen mit ähnlichen Ergebnissen statt. Das Sekretariat hat sich bemüht, an möglichst vielen solcher Beratungen in den Bezirken teilzunehmen.

In der Diskussion im Rheinland wurde dabei lediglich von einer Minderheit der Anwesenden der bewusst gewählte Bezug auf die Parteitagsbeschlüsse hinterfragt und kritisiert. Damit komme ich zu der zweiten grundsätzlichen Bewertung des 2. Teils des Parteitags. Man muss leider, ohne große emotionale Aufwallung dabei aufkommen zu lassen, feststellen, dass es zu einer weiteren Verschärfung der Partei auseinandersetzung gekommen ist. Ein Teil der Opposition hat kein Problem damit, die Partei zu schädigen und wird zunehmend destruktiver. Unser Initiativantrag „Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsam Beschlüsse umsetzen!“ ist eine Antwort darauf gewesen.

Mit diesem Beschluss hat der Parteitag den Übergang desjenigen Teils der Partei, der zur Fraktionstätigkeit als „kommunistisches Netzwerk“ übergegangen ist, zurückgewiesen. Er hat beschlossen, dass bei Nichteinhalten dieses Beschlusses weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen. Der Beschluss ist eine Reaktion auf eine von der Fraktion herbeigeführte Verschärfung der parteiinternen Kontroverse. Er ist zugleich Ausdruck der Stimmung in der Mehrheit der Partei, die diese fraktionelle Strömung nicht länger gewähren lassen will.

Wir sind uns als Sekretariat noch nicht im Klaren, wie wir mit dem Antrag und seiner Umsetzung konkret umgehen und werden diese Fragen auf unserer Klausur im Mai diskutieren. Wir sind uns aber unserer Verantwortung für die Wahrung der Einheit der Partei auf der Basis der gefassten Beschlüsse bewusst. Die Einheit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, ist, wie uns die Geschichte und der Marxismus-Leninismus lehren, keine formale Angelegenheit. Wie Lenin in seiner Arbeit „Die Einheit“ (Lenin Werke Band 20) in der damaligen Auseinandersetzung mit dem Liquidatorentum und den Zentristen in der russischen Partei während des 1. Weltkriegs schrieb, ist eine organisatorisch-politisch-ideologische Einheit nur auf der Basis des revolutionären Marxismus und auf der Basis der Beschlüsse der revolutionären Arbeiterpartei möglich.

Nach dem Pressefest und nach den weiteren Erfahrungen, die wir in den nächsten Wochen erleben, werden wir im Herbst gemeinsam als Parteivorstand eine Bilanz ziehen müssen. So lautet unser Parteitagsbeschluss.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zum Antrag des Genossen Rainer Perschewski zu einer „Bildungsoffensive“ – flankierend zur weiteren Auseinandersetzung mit der Fraktionsbildung. „Bildungsoffensive“ heißt doch vor allem Realisierung des beschlossenen Bildungskonzeptes. Im Prinzip begrüßen wir jede Maßnahme, die uns in der Ideologie- und Bildungsarbeit voran bringt. Grundlage ist die Handlungsorientierung und der von den Thüringern analog eingebrachte und vom Parteitag in Kassel verabschiedete Einzelantrag. Das steht im Mittelpunkt und war auch Gegenstand der zwei Treffen der Bildungskommission und des Strategieseminars zu Monatsbeginn in Frankfurt. Im Rahmen dessen stehen wir vor positiven wie negativen Ansätzen. Schlecht und schwach ist noch immer der Stand in vielen Bezirken in puncto Bildungsstrukturen. Es waren jetzt aber immerhin sieben Bezirke auf dem Strategieseminar.

Das Strategieseminar, das inhaltlich ja sehr stark auf die strategischen Positionen der PDL und der PDL-affinen „MaLi“ reagiert, war aber ein guter Ansatz. Die Ergebnisse werden jetzt in den nächsten Tagen als Bildungsrundbrief an alle Bezirke gehen. In den nächsten Wochen sollen ein Antifa-Material und ein Antimilitarismus-Material folgen. Abzusichern sind von uns als PV und den Bezirken die Grundlagenkurse an der KLS. Die nächste Bildungsberatung wird noch vor der Sommerpause sein. Wir

werden die 5. PV Tagung am 10./11. September nutzen für eine zentrale Veranstaltung und Kundgebung zum 60. Jahrestag des KPD-Verbotens in Karlsruhe – gemeinsam mit dem Bezirk Baden-Württemberg. Dazu werden wir auf der nächsten PV-Tagung eine Konzeption beschließen. Im Herbst wird der Schwerpunkt der 6. Parteivorstand-Tagung auf der ideologischen und Bildungsarbeit liegen. Es gibt also viele Baustellen und praktische Vorhaben.

Rainers Initiativantrag steht dazu natürlich nicht im Gegensatz, berücksichtigt unseres Erachtens die Priorität dieser bereits beschlossenen Maßnahmen zu wenig, die schon unsere volle Kraft erfordern. Hinzu kommt, dass es in der Auseinandersetzung mit der oppositionellen Fraktion für die Breite der Partei derzeit die konkreten praktischen Maßnahmen dieser Gruppierung sind, die ihre Haltung entscheidend beeinflussen.

Im Moment geht es besonders um die Frage der praktischen Einheit bei der Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse, die die Haltung der Mehrheit unserer Genossinnen und Genossen zu dieser Fraktionsbildung letztlich entscheidend beeinflussen wird.

Dabei geht es um solche Fragen:

- Wird die fraktionelle Gruppe zum Erfolg des Pressefestes beitragen oder nutzt sie es zu Spaltungs- und Boykottzwecken?
- Wird sie die Beschlusslage zur Bundestagswahl aktiv sabotieren?
- Wird sie wieder das LLL-Treffen durch eine Gegenveranstaltung sabotieren?
- Wird sie die Arbeit der zentralen Kommissionen sabotieren?
- Wird sie auch weiter insgesamt die Beschlüsse des 21. Parteitags negieren? Etc.

Wir schlagen deshalb vor, Rainers Antrag heute mit in die Diskussion aufzunehmen, und zu prüfen, was sich aktuell noch in die beschlossenen Maßnahmen integrieren lässt, ihn aber nicht in der Gänze auf dieser Tagung zu beschließen.

Ein Wort zu den jetzt dem PV zugestellten Beschlüssen des Saarlands, die auch in den Umlaufmappen enthalten sind, und zum Umgang der Bezirksvorstände Südbayern, Saarland und Rheinland-Pfalz mit dem Beschluss zum Pressefest.

Wir begrüßen die Planungen für regionale spezifische Politikfelder an der Saar. Wir begrüßen besonders die verbale Bereitschaft,

konstruktiv am Pressefest teilzunehmen und sich dabei in das Gesamtkonzept der Partei, auch was die zentralen Helferstrukturen und Helferforderungen anbelangt, einzubringen. Wir können aber die im Saarland geäußerte Kritik an der angeblichen Inaktualität der Beschlüsse und Diskussion des Parteitags absolut nicht nachvollziehen. Daraus dann auch noch die Konsequenz und Notwendigkeit abzuleiten, sich als Teil des „kommunistischen netzwerkes“ verstehen zu müssen, weil es ja sonst keine angemessenen Diskussionsmöglichkeiten gebe, ist gelinde gesagt mehr als weit hergeholt. Es verzerrt die Realität; denn es war diese Parteiführung, die auf zwei theoretischen Konferenzen – teilweise mit Co-Referaten der Parteiopposition auch aus dem Saarland – die inhaltliche Vorbereitung des 21. Parteitags organisiert hat.

Die angebliche inhaltliche Unqualifiziertheit oder Belanglosigkeit des Parteitags wird dazu genutzt, um das in Artikel 2 des Statuts garantierte Recht „einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln“, so umzudeuten, dass daraus das Recht auf Bildung dauerhafter verfestigter Strukturen außerhalb der eigentlichen Parteiorganisation abgeleitet wird. Das steht in völligem Gegensatz zu unserem Parteiverständnis.

Nicht umsonst heißt es in unserem Statut in Artikel 3: „Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich. Sie verstehen die Bildung von Fraktionen, d.h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei.“

Kommunistinnen und Kommunisten treten dafür ein, dass ihr innerparteiliches Leben bestimmt wird durch Kollektivität des Handelns bei gleichzeitiger persönlicher Verantwortung des einzelnen Mitglieds, durch Kritik und Selbstkritik, durch Offenheit und Vertrauen, durch Kameradschaft und gegenseitige Hilfe.“

Ist das haltlose Herunterputzen und die selektive und verabsolutierte Bewertung der demokratischen Diskussionen, der vielen, vielen Anträge zu Leitfaden, Handlungsorientierung und den vielen anderen Themen ein Beweis von „Offenheit und Vertrauen?“ Ist die vom Parteitag deutlich ausgesprochene Mahnung, dass mit dem „kommunistischen netzwerk“ die innerparteiliche Solidarität aufgekündigt und der Aufbau einer Fraktion begonnen hat, so wenig bedeutsam, dass man das als Lappalie abtun kann?



Das Sekretariat appelliert an die Führung des Bezirks Saarland, die mehrheitlich doch aus langerprobten und erfahrenen Genossinnen und Genossen besteht, die Wirklichkeit des Parteitags und nicht ein ziemlich hässliches Zerrbild zur Basis der eigenen Arbeitsplanung und Politikentwicklung zu nehmen und zur gemeinsamen Kollektivität bei der Umsetzung der Beschlüsse zurückzufinden.

Differenzen tiefgreifender Art zeigen sich jetzt auch in der Frage der Beteiligung der Bezirke Südbayern, Saarland und Rheinland-Pfalz und über den Charakter ihres gemeinsamen Beitrags für das Pressefest. Wir haben darüber in einem Brief der Pressefestkommission informiert. Darin wurde grundsätzlich das Projekt des „Dorfs des Widerstands“ begrüßt.

Weiter heißt es aber auch: *„... Kritisiert wurden allerdings Teile des Programms, so eine Runde ‚Was will die marxistische Linke?‘ und die Ankündigung, dass Genossinnen und Genossen aus dem Bundesgebiet, die sich zum Teil dem ‚Netzwerk kommunistische Politik‘ zugehörig fühlen, als HelferInnen im Dorf des Widerstandes tätig sein werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Dorf des Widerstandes wie bei allen anderen Bezirksbeiträgen auch um einen Beitrag von DKP-Bezirken handelt, in dem sich deren Arbeit widerspiegeln sollte. Es könne nicht um eine Strömungsveranstaltung auf dem Pressefest gehen. ... Es wurde verabredet, die drei Bezirke über den Verlauf der Debatte und die Kritikpunkte zu informieren. Der Parteivorstand wird sich auf seiner 3. Tagung am 23./24. April mit dem Gesamtprogramm des Pressefestes befassen und es beschließen. Auch dort wird das Thema noch einmal diskutiert werden. ...“*

Auf diesen Hinweis reagierten die drei Bezirksvorsitzenden mit einem für uns nicht nachvollziehendem Antwortbrief, in dem es heißt:

„Wir haben in diesem Rahmen auch Bettina Jürgensen, Vorstandsmitglied der ‚marxistischen linken‘, zu einer Diskussionsrunde eingeladen, um die Position der ‚marxistischen linken‘ zu aktuellen politischen Fragen darzulegen. Der PV hat sich mehrfach kritisch zur marxistischen linken geäußert und ihr trotz deren parteiübergreifender Zusammensetzung fraktionelle Absichten unterstellt. Im Sinne einer offenen Debatte sollte es selbstverständlich sein, dass es auf dem Pressefest die Möglichkeit gibt, sich aus erster Hand über die ‚marxistische linke‘ und deren Positionen zu aktuellen politischen Fragen zu informieren. Daher ist diese Gesprächsrunde

für uns ein wichtiger Bestandteil unseres politischen Programms.“

Die „MaLi“ hat bereits in den beiden letzten Jahren in Parallelveranstaltungen zu unserem LLL-Treffen in Berlin reichlich Zeit gehabt, auf diesen Spalterveranstaltungen für sich zu werben, obwohl sie nur ganz wenig Resonanz darauf gefunden hatte. Unsere Haltung ist klar: Wir weisen alle gegen die Beschlüsse der DKP gerichteten Planungen und Aktionen für Gegenveranstaltungen auf unserem eigenen Fest zurück.

Die drei Bezirksvorsitzenden schreiben aber weiter: „Auch eure Kritik daran, dass sich HelferInnen für das Dorf des Widerstands engagieren, die sich dem Netzwerk kommunistische Politik zugehörig fühlen, ist nicht nachvollziehbar. Wir begrüßen und benötigen Hilfe von allen G+G, egal welcher politischen Orientierung sie sich innerhalb oder außerhalb der DKP zugehörig fühlen. Auch möchten wir nicht davon ausgehen, dass für die Unterstützung des Pressefestes die Zustimmung zu Positionen des PV Voraussetzung ist.“

Auch dazu gibt es seitens des Sekretariats und der Vorsitzenden einen klaren Standpunkt: Veranstalter des Festes ist der Parteivorstand der DKP. Die Beiträge werden in Abstimmung mit dem politisch-kulturellen Gesamtkonzept, das wir hier beschließen, von den Bezirken dann in dieser von ihnen mit getragenen und ausgearbeiteten Konzeption durchgeführt. Und in keiner anderen. So einfach ist das.

Einen Beitrag in einem „Dorf“, das sich dann auch ganz formal als Dorf der Opposition und des Widerstands gegen die DKP verstehen und dies auch nach außen dokumentieren würde, halten wir für nicht vereinbar mit den Beschlüssen des Parteitags. Damit wird die Einheit der Partei auf das Schwerste belastet. Dies wäre eine verantwortungslose fraktionelle Handlung. Wir sind sicher, dass die gesamte Partei dies verurteilen würde. Und was den Helfereinsatz anbelangt, ist auch seit Jahrzehnten klar, dass wir eine gemeinsame zentrale Helfer- und Ordnerleitung haben, die gemäß den Gesamtnotwendigkeiten das vorhandene Helferpersonal einsetzen wird.

Wir wollen ein gemeinsames Fest. Ein Fest der ganzen Partei und nicht zwei Feste: eines für die Partei und deren Einheit und eines, das sich genau gegen diese Einheit richtet. So einfach ist das. In diesem Sinne ist auch unser Antwortbrief verfasst, über den wir heute hier im PV entscheiden werden.

Seit Beendigung des 2. Teils des Parteitags haben etliche PV-Kommissionen getagt, darunter die Internationale Kommission, die Kuba-AG, die Antifa-, die Geschichts- und die B&G- und die Finanzkommission sowie der Frauenarbeitskreis und die DKP queer.

In diesem Jahr hat zweimal die Bildungskommission getagt. Mit dem Strategieseminar in Frankfurt hat sie neue Wege in der Erarbeitung und Propagierung der zentralen Bildungsmaterialien besprochen. Das werden wir fortsetzen. Die Ergebnisse der Beratung werden als Bildungsrundbrief versandt. Das ist ein kleiner Schritt bei der Realisierung des Bildungsbeschlusses des Parteitags, dem die anderen Schritte jetzt zügig folgen müssen. Die neue Kommission Frieden & Antimilitarismus hat für Mai zur Konstituierung eingeladen. Die UZ-Pressfest-Kommission tagte mehrfach und leistet eine enorme Arbeit. Die Umweltkommission hat es noch nicht geschafft, das erste geplante Treffen durchzuführen. Hier werden wir als Sekretariat Hilfestellung geben, dass die Arbeit in Gang kommt. Es ist auch noch nicht gelungen, LeiterInnen für die Kultur- und Jugendkommission zu finden. Bedauerlich ist die Absage der letzten Kommissionssitzung Betrieb/Gewerkschaften.

Wir wissen sehr gut, dass es auch vom Erfolg der Arbeit der Kommissionen und vom Erfolg des zentralen Pressefestes abhängen wird, ob die positive Grundstimmung des 21. Parteitag und das gewachsene Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und dem Parteivorstand noch weiter gestärkt wird. Wir wissen, dass nur in einer noch verbesserten Kooperation in den zentralen Führungsorganen, einer stärkeren und verbesserten Arbeitsaufteilung im PV, im Sekretariat und unter den Vorsitzenden – sowie in einer noch besseren Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand und Bezirken – uns die ausreichende Kraft und Dynamik zur Verfügung stehen wird, um den Kurs und die Beschlüsse beider Teile des 21. Parteitags zu realisieren. Dazu gehört auch die enge Kooperation zwischen der Partei und dem uns eng befreundeten sozialistischen Jugendverband, der SDAJ. All das sind auch Themen der Klauertagung des Sekretariats Ende Mai.

Nun zum drängenden Thema der weiteren Stärkung der Partei. Wir haben in den letzten Wochen mehrfach die Erfahrung gemacht, dass es gelingt, auch längere Zeit in Abwartehaltung stehende Genossinnen und Genossen wieder stärker in die Arbeit ihrer Parteigruppen einzubeziehen. In meiner Kreisorganisation sind es jetzt drei. Ein jüngerer,

der Linkspartei angehörender Genosse, hat zusätzlich seinen Beitritt erklärt. Wir wissen von anderen Sympathisanten, dass sie den Verlauf des 21. Parteitags abgewartet haben, um sich zu vergewissern, dass der Kurs der DKP als einer sich wieder bewusst als marxistisch-leninistischer Partei verstehenden revolutionären Kraft bestätigt wird. „Ich hatte keine Lust, bei Euch einzutreten, um dann gleich in der Minderheit zu sein.“ – so bewertete ein jetzt eingetretener, langjähriger Sympathisant aus Stralsund mir gegenüber seinen nach dem Parteitag erfolgten Beitritt.

Kann man das verallgemeinern? Wahrscheinlich nicht. Kann man daraus lernen? Ganz bestimmt.

Wir haben – das wurde uns auch in den letzten Wochen von mit uns kooperierenden und befreundeten Organisationen und Einzelpersonen gesagt – dank unserer langen Tradition und Verwurzelung an zahlreichen Orten ein deutlich über unseren organisierten Stamm von Genossinnen und Genossen in Jahrzehnten gewachsenes soziales und politisches Umfeld. Dort kennen die Menschen unsere Gesichter, dort ist ein natürlich entstandenes Ansehen der DKP gewachsen. Gewiss sind Orte wie Reinheim und/oder Mörfelden rote „Leuchttürme“, zu denen die meisten von uns mit einer gewissen Ehrfurcht und Ungläubigkeit hochschauen.

Selbst in den besseren Zeiten der DKP in den 70er und 80er Jahren haben wir es aber nicht geschafft, frei nach dem Motto Ché Guevaras „Schafft ein, zwei, viele Vietnams“ – ein zwei viele Reinheims oder Mörfeldens zu schaffen. Aber die dort lebenden Kommunistinnen und Kommunisten und ihre Gruppen sind doch auch keine Ansammlung von „Supermenschen“. Und sie leben ja auch nicht auf paradiesischen Inseln, ohne politische Repressalien. Ohne Antikommunismus. Was machen sie denn anders als die meisten Parteigruppen?

Was uns fehlt, das ist die Vermittlung – und zwar die detaillierte und kontinuierliche Vermittlung – solcher Erfahrungen, so dass mehr Gruppen sich ermutigt fühlen, von diesen Orten zu lernen. Und dabei geht es gar nicht in erster Linie um Mandate in irgendwelchen Parlamenten.

„Wenn die politische Linie stimmt, dann entscheiden die Kader alles“ – das war lange unter Kommunisten ein geflügeltes Wort. Ich bin jetzt einmal einfach so kühn zu sagen, dass die politische Linie seit den letzten zwei

Parteitag wieder „stimmt“. Was fehlt uns dann? Natürlich fehlt es an Menschen, an „Kadern“. Wir müssen wachsen und Mitglieder gewinnen. Wenn wir das neben aller Betriebbarkeit jetzt im Vorfeld des UZ-Pressfestes vergessen, machen wir einen unverzeihlichen Fehler. Und wenn wir das in den bevorstehenden Wahlen und Wahlkämpfen vergessen, potenzieren wir diesen Fehler auch noch.

Wir werden und wollen darüber keine Insider- oder Kampagnen-Debatte führen. Wir müssen aber dem politisierten Potential und auch denen, die sich teilweise als „Kommunisten“ verstehen, viel öfter die „Organisationsfrage“ stellen. Wir können uns doch nicht mit der Behauptung oder der Tatsache abfinden, dass es angeblich in der BRD viel mehr nichtorganisierte als organisierte Kommunistinnen und Kommunisten gibt.

Muss nicht nach unserem Parteitag durch uns selbst – ja, ich meine auch uns als PV – ein Ruck gehen? Wir haben alle zusammen auf den letzten zwei Parteitagen etwas geschafft, von dem uns die Genossinnen und Genossen der KPen in den Benelux-Staaten unmittelbar nach dem 20. Parteitag gesagt haben, dass in der DKP etwas völlig Ungewöhnliches passiert sei. Eine Mehrheit der Parteibasis habe den politischen Kurs ihrer Führung nach rechts in Richtung des Sozialdemokratismus in seiner Ausprägung von Eurokommunismus und „demokratischem Sozialismus“ korrigiert. Sie habe dem ideologischen Einknicken gegenüber dem Klassengegner widerstanden und zurück in die revolutionäre Spur gefunden. So etwas habe es international noch nicht gegeben.

Wenn das stimmt und wenn die politische Linie stimmt, – und, Genossinnen und Genossen, dafür haben wir hart gekämpft –, dann entscheiden die Kader alles. Mag ja sein, dass sich die Zeiten sehr stark geändert haben, als unsere politischen Väter und Mütter versuchten, nach dieser Devise aus politischen Niederlagen wieder zurückzufinden in die Erfolgspur. Aber die DKP muss wachsen; sie muss neue Mitglieder gewinnen.

Ihre „Kader“ müssen die Beschlüsse des Parteitags und jetzt auch unser Sofortprogramm bewusst nutzen, um den alten Satz „Heran an die Massen!“ mit Leben zu erfüllen und dabei gleichzeitig die Frage aufwerfen „Und warum bist Du noch nicht bei uns organisiert? Warum bist Du noch nicht Kommunist?“

Wir müssen auch den Genossinnen und Genossen, die nicht Mitglieder der Partei sind, sagen: „Es genügt nicht, dass Ihr in gesellschaftlichen Organisationen, Medien und nicht parteiförmigen Zusammenschlüssen nützliche Arbeit leistet. Als Kommunisten müsst Ihr Euch auch in der kommunistischen Partei organisieren. Wir brauchen Euch, und Ihr braucht die Partei.“

Ohne eine wieder stärkere kommunistische Partei kann und wird es nicht vorwärts gehen. Eine wieder wachsende kommunistische Partei ist auch ein Gradmesser dafür, wie die Arbeiter- und demokratischen Bewegung nach der historischen Niederlage wieder Tritt fasst und wieder zu politischer Klarheit kommt. Dafür ist es ein Vierteljahrhundert ‚danach‘ an der Zeit und die gefährliche reaktionäre Entwicklung erfordert das mit großer Dringlichkeit.“

Ich rede nicht dem Subjektivismus und Voluntarismus das Wort, wenn ich als eine zentrale Konsequenz in der Auswertung des 21. Parteitags genau diesen Punkt betone.

Ich komme zum Schluss: Mit dem 21. Parteitag und dem mit deutlicher Mehrheit angenommenen Leitantrag haben wir eine über längere Zeit schwelende Unsicherheit und Unklarheit über den Grundcharakter unserer Partei beendet. Die DKP definiert sich inhaltlich, wie es über viele Jahrzehnte unstrittig war, wieder eindeutig als marxistisch-leninistische Partei. Damit ist klar: Die DKP ist kein loser Haufen von lokalen Zirkeln aus sich irgendwie „links“ fühlenden Menschen, der sich langfristig im Windschatten einer linkssozialdemokratischen Organisation namens PDL eingerichtet hat.

Die DKP entwickelt ihre praktische Politik im Rahmen der einheitlichen Lehre von Marx, Engels und Lenin. Sie besitzt mit dem Marxismus-Leninismus klare weltanschauliche Grundlagen; sie grenzt sich von reformistischen Strategien und Parteikonzeptionen ab. Beschlüsse der gewählten demokratischen Leitungen, vor allem Beschlüsse des Parteitag, ihres höchsten Beschlussorgans, sind für sie bindend; die DKP kann eine Politik der Negierung und des Boykotts von Beschlüssen nicht akzeptieren.

Soweit einige Gedanken zur Bewertung des 2. Teils des 21. Parteitags DKP. Vorwärts mit der DKP! Macht die DKP stark!

## **3. Tagung des Parteivorstands der DKP**

23./24. April 2016, Hannover

---

(Unkorrigiertes Manuskript.  
Es gilt das gesprochene Wort.)

### **Zur Auswertung internationaler Themen beim 3. Tag des 21. Parteitags**

**Günter Pohl, Sekretar für Internationale Arbeit der DKP**

#### **Europäische Linkspartei**

Die DKP hat die Beendigung der formellen Beobachtung der Europäischen Linkspartei (ELP) beschlossen. Damit ist eine lange Phase von Debatten zu einem vorläufigen Ende gekommen, die mit dem Parteivorstandsbeschluss zur Beantragung der beobachtenden Mitgliedschaft 2005 begonnen hatte. Sie musste bis 2013 ohne tiefer gehende Informationen der jeweiligen Parteivorstände über Diskussionen innerhalb des ELP-Vorstands geführt werden; nach dem 20. Parteitag wurde die DKP-Mitgliedschaft dagegen in diversen UZ-Artikeln, Diskussionstribünen, einer Interviewreihe mit 19 Kommunistischen Parteien Europas, öffentlichen Veranstaltungen und Interviews informiert.

Die Zusammenarbeit mit den einzelnen Mitgliedsparteien der ELP stand und steht nicht in Frage; auch gibt es keine Absage an eine Zusammenarbeit mit der ELP als solcher, wie auch die Einladung der ELP zum diesjährigen Pressefest der UZ unterstreicht.

Damit konnte die Debatte, die sich zunächst um ideologisch begründete Befürwortung oder Ablehnung der ELP als Zusammenschluss von Kommunistischen, Sozialistischen und linkssozialdemokratischen Parteien gedreht hatte, zu einer Abwägung des Für und Wider einer Mitgliedschaft aus Sicht unserer Partei geführt werden. Die Möglichkeit, mit anderen Parteien in direkten Kontakt zu kommen, wurde mit einigen kontrovers aufgenommenen Sichtweisen der ELP abgewogen. Der Charakter der ELP als Parteienpartei wurde herausgearbeitet und dem Argument ihres Bündnischarakters entgegengestellt.

Die Argumente wurden am 27.02. noch einmal ausgetauscht. Dabei wurde der Unterschied zwischen einer Nichtmitgliedschaft und einer nicht in Rede stehenden Beendigung der Zusammenarbeit mit der ELP klargestellt; für eine punktuelle Zusammenarbeit an wichtigen internationalen Themen ist eine formelle beobachtende Mitgliedschaft nicht erforderlich. Darüber bleiben Meinungsverschiedenheiten in der DKP-Mitgliedschaft, aber eine klare Mehrheit der Parteitagsdelegierten votierte für die Beendigung der Beobachtung.

#### **Internationale Zusammenarbeit**

Der Beschluss zur internationalen Zusammenarbeit wurde ebenfalls mit großer Mehrheit gefasst. Er beinhaltet den Willen zur Weiterführung der vorrangigen Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien, aber auch mit anderen Kräften, die sich gebildet haben, solange die Arbeiterklasse nicht ausreichend stark ist.

In die Zeit bis zum 22. Parteitag werden wichtige Ereignisse internationaler Art fallen: 100. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution sowie 100. Jahrestag der Novemberrevolution, die jeweils Ergebnisse des Ersten Weltkriegs sind. Die Friedensfrage ist auch heute wieder zentral; vermehrte Anstrengungen sind auch in Europa erforderlich, wie das Beispiel der Ukraine zeigt. Erforderlich ist eine Anstrengung, mit den fortschrittlichen Kräften der arabischen Welt zusammenzuarbeiten. Dort finden die wesentlichen Kriege statt; dort ist der Imperialismus in seinen unterschiedlichen Facetten massiv engagiert und stellt sich gegen die Interessen der dortigen Völker.

Für die DKP ist das Internationale Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien das wichtigste Gremium zum Erfahrungs- und Meinungs austausch. In Europa haben die 4-Parteien-Konferenzen mit NCPN, KPL und PTB, künftig vermutlich erweitert durch die PdA der Schweiz, eine wesentliche Bedeutung. Ende Mai werden Vertreter/innen dieser Parteien gemeinsam mit uns in Büchel gegen die dortigen Atomwaffen demonstrieren. Die nächste 4-Parteien-Konferenz im Jahr 2017 soll nach dem Willen der beteiligten Parteien

nach 2014 wieder in Deutschland stattfinden, womit dann alle vier Parteien jeweils dreimal Ausrichter gewesen sein werden.

Weiterentwickelt werden muss die Zusammenarbeit mit den regierenden KPen aus sozialistischen Staaten. Während die Zusammenarbeit mit der KP Kubas weiterhin positiv verläuft, gibt es seit Jahren Schwächen bei der Zusammenarbeit mit den KPen der sozialistisch orientierten Staaten Asiens, insbesondere mit der KP der VR China. Daran arbeitet die Internationale Kommission in dieser Periode verstärkt.

Der Parteitag hat dem Parteivorstand als Arbeitsmaterial die Prüfung von Grundlagen einer Zusammenarbeit mit den beiden neu gegründeten KPen im Donbass mitgegeben. In dieser Periode würden dazu erste Kontakte geknüpft, die einem längeren Prozess des Kennenlernens von Programm, Statut und Praxis der beiden KPen vorangehen würden. In unserer Situation prekärer finanzieller und logistischer Möglichkeiten ist jedoch die beschlossene Pflege bestehender Kontakte demgegenüber vorrangig.

---

# 3. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. April 2016, Hannover

---

## Beschlüsse

### Sofortprogramm der DKP

**Gemeinsam kämpfen für unser Recht auf Frieden, Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum! Gleiche Rechte für alle - unabhängig von der Herkunft!**

**Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte!**

In unserem Land wird Krieg nach innen geführt. Die Ergebnisse sind Armut und Umverteilung zu Gunsten der Reichen, der Konzerne und Banken. Die Waffen sind Arbeitslosigkeit, das Hartz-System, Leiharbeit, Werkverträge, Wohnungsknappheit, Verschuldung der Kommunen und Privatisierung.

Wir brauchen den gemeinsamen Kampf für soziale Rechte und gegen die zerstörerische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Arbeit ist genug da. Wir brauchen mehr Beschäftigte in Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und im Gesundheitswesen und der Altenpflege. Schulen, Jugendzentren, Krankenhäuser und Wohnungen müssen instandgesetzt und neugebaut werden. Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden. Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.

Altersarmut und Arm trotz Arbeit – das muss aufhören! Wir fordern das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen, einen Mindestlohn von sofort 12 Euro, die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengelds (ALG 1), die sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und die Abschaffung des Hartz-Systems.

Immer mehr Menschen haben keine Arbeit oder werden in Minijobs und prekäre Beschäftigung gedrängt. Diejenigen, die noch im sogenannten Normalarbeitsverhältnis stehen, werden gezwungen immer länger zu arbeiten und häufen Überstunden ohne Ende an. Das

Renteneintrittsalter wird hochgesetzt. Wir brauchen die Verkürzung der Lebens- und der allgemeinen Wochenarbeitszeit. Wir brauchen die Verkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dafür brauchen wir erfolgreiche Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, um damit eine Bewegung für die gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche anzustoßen.

**Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) fordert:**

*A) Sofortige Investitionen in öffentliches Eigentum*

- 1.) Bau von einer Million Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren mit einer Mietpreisbindung von mindestens 25 Jahren.
- 2.) Sofortige Einführung eines Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbots für Wohnraum.
- 3.) Neubau von 2000 Schulen, 1000 Jugendzentren und 1000 Kindertagesstätten
- 4.) Ein Investitionsprogramm zur Beseitigung des Sanierungsstaus
  - bei Krankenhäusern in Höhe von 4 Milliarden Euro,
  - bei Schulen in Höhe von 4 Milliarden Euro,
  - im Öffentlichen Nahverkehr Höhe von 6 Milliarden Euro.

*B) Schaffung von Arbeitsplätzen*

- Mit den genannten Bau- und Sanierungsprogrammen werden – vor allem im Bau und in baunahen Gewerben - dauerhaft etwa 100.000 Arbeitsplätze geschaffen.
- Wir fordern die Einstellung von 20.000 zusätzlichen LehrerInnen

- Wir fordern die Einstellung von 10.000 zusätzlichen ErzieherInnen.
- Wir fordern die Schaffung der 162.000 Stellen, die in den Krankenhäusern fehlen.
- Wir fordern die Einstellung von 10.000 zusätzlichen SozialarbeiterInnen.

### C) Verbesserung sozialer Leistungen

- Wir fordern die Aufstockung der Ausgaben für die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen, für Umschulungen etc. um 2 Milliarden Euro pro Jahr.
- Wir fordern die Aufstockung der Ausgaben für ALG 2, Sozialhilfe, Wohngeld etc. um 10 Milliarden Euro.

### **Geld ist genug da – es muss umverteilt werden!**

Das alles ist machbar. Geld ist genug da. Es fließt in die Rüstung. In diesem Jahr beträgt der Rüstungshaushalt offiziell fast 35 Milliarden Euro. Kriegsministerin von der Leyen will in den kommenden 14 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die „Modernisierung“ der Bundeswehr ausgeben. Die Rüstungsindustrie exportierte 2015 laut Wirtschaftsministerium Waffen im Wert von 12,81 Milliarden Euro.

Geld ist genug da. Es wird spekulativ gehortet von Reichen und Superreichen. In Deutschland leben 123 Milliarden und mehr als eine Million Millionäre. Sie besitzen ein Vermögen von 2,4 Billionen Euro. Dieses Geld muss umverteilt werden.

### **Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) fordert:**

- \* Die sofortige Reduzierung des Rüstungsetats um 20 Prozent und die fortlaufende Reduktion um 10 Prozent jährlich
- \* Die Rücknahme der Hochrüstungspläne von Kriegsministerin von der Leyen (CDU)
- \* Den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr

\* Den Stopp aller Rüstungsexporte und die Beschlagnahme aller Gewinne der Rüstungsindustrie

\* die Einführung einer Millionärssteuer in Form einer jährlichen Vermögensabgabe von 2 Prozent auf alle Vermögen größer als 1 Million Euro

\* Die Erhöhung der Spitzensteuer auf Kapitalerträge und Erträge der Unternehmen

### **Wir lassen uns nicht spalten!**

In einer Situation, in der immer mehr Menschen berechnete Angst vor dem sozialen Abstieg haben, wird Hass gegen Flüchtlinge geschürt. Die Botschaft der Bundesregierung lautet: Ihr müsst den Gürtel enger schnallen und verzichten. Denn die Mehrkosten für die Flüchtlinge werden vor allem aus den Etats für Arbeit, Bildung und Soziales bezahlt. Fast nebenbei hat die große Koalition die Diskussion über den angeblich nicht zu bewältigenden Ansturm von Flüchtlingen genutzt, um das Asylrecht zu verschärfen. Kriegsgebiete werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt, der Familiennachzug ist nahezu unmöglich geworden, Sammelabschiebungen stehen auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung schürt damit eine fremdenfeindliche und nationalistische Stimmung im Land, die sich in fast täglichen Übergriffen auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte und Wahlerfolgen der „Alternative für Deutschland“ niederschlägt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte Ende 2015 die Grenzen für Geflüchtete geöffnet und sich als Helferin der Armen feiern lassen. Ihre Politik war allerdings keinesfalls im Interesse der Menschen, die gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, sondern im Interesse der Banken und Konzerne.

Den deutschen Unternehmen kommt der Zuwachs an Arbeitskräften wie gerufen. Sie sparen Ausbildungskosten, bekommen billige Arbeitskräfte und verschärfen die Konkurrenz. Es ist eine alte Methode, die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen.

Nach der Entrechtung von Erwerbslosen durch die Agenda 2010 und das Hartz-System werden nun die Flüchtlinge als Lohndrücker missbraucht. Der lächerlich geringe Mindestlohn

soll gekippt und Tarifforderungen mit dem Hinweis auf die Kosten für Flüchtlinge abgewehrt werden. Die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse wird weiter vorangetrieben.

Auch Immobilienbesitzer und -spekulanten profitieren von den Flüchtlingen. Längst und unabhängig von den Flüchtlingen haben wir es in Großstädten mit Wohnungsnot zu tun. Der soziale Wohnungsbau wurde eingestellt, weil er zu wenig Profite bringt. Gebaut und schnell verdient wird im Luxussegment. Natürlich verschärft neuer Bedarf jetzt die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Weil am Privateigentum nicht gerüttelt wird, stehen Gebäude dauerhaft leer, die kurzfristig der Bekämpfung der Wohnungsnot dienen könnten. Das Unterbringen von Flüchtlingen – nur wenige in Wohnungen, die meisten in Turnhallen oder Zeltstädten – wird auf die Kommunen und damit auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt.

Die deutsche Exportwirtschaft profitiert von offenen Grenzen für Waren und Dienstleistungen. Das sind die wahren Gründe für die „offenen Grenzen“ von Angela Merkel.

Die Ängste vieler Menschen vor Arbeitsplatz- oder Wohnungsverlust, vor sozialem Abstieg sind real. Verursacher sind aber eben nicht Flüchtlinge, die zu uns kommen, sondern Banken und Konzerne und die in ihren Diensten stehende Bundesregierung. Wir lassen uns nicht spalten!

### **Krieg ist die Fluchtursache Nummer Eins**

Unser Land führt Krieg nach außen. Gezielt lenkt die Bundesregierung davon ab, dass Kriege die Fluchtursache Nummer Eins sind. Kriege, die die Politiker von CDU/CSU, SPD und Grünen regelmäßig ermöglichen und damit den Banken und Konzernen ihre Profite sichern.

Afghanistan, Syrien, Libyen, Mali – Kriege, wohin man blickt. Die deutsche Bundeswehr ist in aller Regel und zum Teil führend dabei. Deutschland ist seit der Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 in permanentem Kriegseinsatz.

Millionen Menschen ermordet, verstümmelt, ihre Lebensgrundlagen zerstört, auf der Flucht.

Doch die Kriegsgefahr wächst weiter. Der Hauptaggressor sind die USA und das von ihr geführte Kriegs Bündnis NATO in dem auch Deutschland seine Rolle spielt. Der Imperialismus rückt auf Russland und China vor, will sie einkreisen, um seine Vorherrschaft zu wahren. Damit wächst die Gefahr der Eskalation zum Flächenbrand bis hin zum Atomkrieg. Denen, die die Kriege führen und an ihnen verdienen, geht es nicht um die Menschen, um ihre Rechte und ihre Freiheit. Es geht um Ressourcen und Rohstoffe, um Transportwege, Einflussphären und Stützpunkte.

An Kriegen, Umweltkatastrophen, Zerstörung der Lebensgrundlagen verdienen Banken, Rüstungs- und Großkonzerne. Sie nehmen humanitäre Katastrophen und die Zerstörung der Umwelt in Kauf, weil ihnen Profite zum Beispiel durch Rüstungsexporte wichtiger sind. All das zwingt Menschen zur Flucht.

Wer sich mit Flüchtlingen solidarisiert, ihnen helfen will und sich den Rassisten in den Weg stellt, muss auch NEIN sagen zum Krieg, muss Aufstehen gegen Militarisierung und Krieg!

### **Schluss mit Ausbeutung und Krieg! Gemeinsam kämpfen!**

Die Verursacher und Profiteure von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Armut in diesem Land, von Krieg und Zerstörung in fremden Ländern und von Flucht sind die Banken und Konzerne und die ihnen dienenden Regierungsparteien. Sie stehen auf der einen Seite der Barrikade. Ihnen gegenüber stehen die Ausbeuteten – egal welcher Herkunft.

Die Umverteilung von oben nach unten muss erkämpft werden. Freiwillig werden die Reichen, die Banken und (Rüstungs-)Konzerne nichts hergeben. Wir brauchen eine starke und kämpferische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die Kolleginnen und Kollegen in den Kampf um ihre Rechte führt.

Die Kriege in Afghanistan und Syrien, die Kriegseinsätze der Bundeswehr müssen beendet werden. Wir fordern die Auflösung der Bundeswehr und die des Kriegs Bündnisses NATO. Deutschland muss raus aus der NATO.



Wir setzen uns für den Abzug der US-Atomwaffen, Flugzeuge und Drohnen von deutschem Boden und die Schließung der US- und NATO-Basen ein. Wir kämpfen gegen Rüstungsexporte, Rüstungsausgaben und Rüstungsproduktion. Die Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion ist möglich und sichert Arbeitsplätze. Wir sagen Nein zum Bundeswehreinsatz im Innern.

Freiwillig werden die Kriegstreiber auf der Jagd nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Einflusssphären nicht nachlassen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, und darin eine aktive Arbeiterbewegung, die den Kriegstreibern in den Arm fällt.

Der Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, das geht nur gemeinsam: In gemeinsamen Kämpfen von GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Angestellten, Erwerbslosen, RentnerInnen, Auszubildenden, Studierenden, SchülerInnen, MigrantInnen und Geflüchteten! Uns interessieren nicht Hautfarbe und Herkunft, uns interessiert die Zugehörigkeit zur Klasse.

(angenommen mit Mehrheit)

---

#### **Infokasten:**

##### **Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?**

Die Millionärssteuer von 2 Prozent bringt 48 Milliarden Euro pro Jahr.

Eine 20-prozentige Kürzung der Rüstungsausgaben bringt 7 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Rücknahme der Hochrüstungspläne des Kriegsministeriums bringt 9 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ergibt Einsparungen von mindestens einer Milliarde Euro pro Jahr.

Die Beschlagnahme der Gewinne aus Rüstungsexporten ergibt mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr.

Das sind im Jahr mindestens 66 Milliarden Euro, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Sanierungs- und Bauprojekte zur Verfügung stehen.

## **Vorbereitung der Bundestagswahlen 2017**

1. Das Sekretariat wird beauftragt dem Bundeswahlleiter die Beteiligung der DKP an den Bundestagswahlen 2017 anzuzeigen.
2. Die Konferenzen zur Aufstellung der Landeslisten sollen im 3. Quartal 2016 stattfinden. Sie finden als Landesmitgliederversammlungen statt.
3. Die Zeit bis zu den Landesmitgliederversammlungen wird genutzt um parteilosen Bündnispartner die Kandidatur auf den (offenen) Listen der DKP anzubieten
4. Unverzüglich nach Aufstellung der Landeslisten wird mit der Sammlung der Unterstützungsunterschriften begonnen.
5. Eine PV-Tagung im 1. Quartal 2017 überprüft den Beschluss zur Kandidatur zu den Bundestagswahlen „ausgehend von der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen und den Entwicklungen in der Partei Die Linke“ (aus dem Beschluss des 21. Parteitags)

(einstimmig angenommen)

**Begründung:** Wir verweisen auf den Beschluss des 21. Parteitags:

## **Bundestagswahlen 2017**

Die DKP orientiert für die Bundestagswahlen 2017 auf eine Bündniskandidatur, die inhaltlich unter dem Motto "Gegen Krieg und Faschismus" steht. Allerdings verbieten die bundesdeutschen Gesetze eine tatsächliche Bündniskandidatur. Die Aufstellung von Landeslisten ist ausschließlich Parteien erlaubt. Mitglieder anderer Parteien dürfen darauf nicht kandidieren. Als Folge dieser undemokratischen Einschränkungen bleibt der DKP nur die Aufstellung einer offenen Liste der DKP. Dazu laden wir alle parteilich nicht gebundenen Kräfte der Bewegungen für Frieden und Antifaschismus, aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und weiteren fortschrittlichen Initiativen ein. Kräfte des Friedens und des Antifaschismus, die in anderen Parteien gebunden sind laden wir zu einer Debatte darüber ein, wie die Bundestagswahlen 2017 zu einem Beitrag zur Stärkung der Friedens- und antifaschistischen Bewegung gemacht werden können.

Kommt eine offene Liste der DKP nicht zustande, kämpft die DKP um einen flächendeckenden Wahltritt mit Landeslisten.

Dieser Beschluss wird zu einem geeigneten Zeitpunkt vor den Bundestagswahlen ausgehend von der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen und den Entwicklungen in der Partei Die Linke noch einmal überprüft.

(angenommen bei 28 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen)

---

## **Wahlkampfunterstützung für die DKP Mecklenburg-Vorpommern**

Die DKP Mecklenburg Vorpommern tritt mit einer Landesliste zu den Landtagswahlen am 4. September an. In der Handlungsorientierung des 21. Parteitages haben wir im Rahmen der organisationspolitischen Maßnahmen unter dem Punkt „Aufbau der DKP im Osten“ beschlossen, diesen Wahlkampf zentral zu unterstützen.

Der Parteivorstand wird in diesem Sinne:

- 1) In Zusammenarbeit mit der Landesorganisation eine UZ-Extra als Massenmaterial für den Wahlkampf erstellen und finanzieren, in dem u. a. die Kandidaten und das Wahlprogramm vorgestellt werden.
- 2) Absichern, dass die UZ über den Wahlkampf berichten und die Kandidaten vorstellt.
- 3) Über UZ-Anzeigen und die Bezirke zu zentralen Aktionstagen der DKP in Mecklenburg-Vorpommern im Juli/August mobilisieren. Aufgerufen werden insbesondere die GenossInnen aus den Bezirken Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Berlin und Brandenburg.
- 4) Prüfen, ob die Hilfe bei der Erstellung und vor allem Finanzierung eines Internet-Wahlwerbespots möglich ist.

(einstimmig angenommen)

---

## **Zentrale Demonstration(en) der Friedensbewegung am 8. Oktober 2016**

Die DKP unterstützt die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration(en) der Friedensbewegung am 8. Oktober 2016 in Berlin und ggf. im Süden des Landes.

Machen wir diese bundesweite(n) Demonstration(en) der Friedenskräfte am 8. Oktober zu einer machtvollen, gemeinsamen Manifestation für Frieden, Völkerrecht und Abrüstung!

Das Sekretariat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln um die Grundorganisationen in der Vorbereitung und Mobilisierung u. a. durch Bildungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsmaterial zu unterstützen.

(einstimmig angenommen)

## **Dorf des Widerstandes auf dem 19. UZ-Pressesfest**

### **Der Parteivorstand wendet sich mit folgendem Schreiben an die Bezirke Südbayern, Saarland und Rheinland-Pfalz:**

Die Pressefestkommission und der Parteivorstand begrüßen die Entscheidung der Bezirke Südbayern, Saarland und Rheinlandpfalz mit einem gemeinsamen Beitrag, dem Dorf des Widerstandes, am 19. UZ-Pressesfest teilzunehmen. Das entspricht der Konzeption und dem Anliegen ein Fest der gesamten Partei zu organisieren. Ein Fest der Gesamtpartei bedeutet auch, dass in Bezirksbeiträgen über in der Partei strittige Fragen diskutiert wird. Das kann vor allem dann fruchtbar sein, wenn gemeinsam diskutiert wird. Der Streit in der Partei sollte allerdings nicht das Fest oder Bezirksbeiträge bestimmen.

Die Planungen für das Dorf des Widerstands verlassen allerdings zum Teil deutlich diesen Rahmen. Damit wird die Gemeinsamkeit aufgekündigt. Der Parteivorstand wertet die Ankündigungen einer Diskussionsrunde „Was will die Marxistische Linke?“ und die Ankündigung, das Dorf des Widerstandes gemeinsam mit „GenossInnen aus anderen Bezirken, die sich zum Teil dem ‚Netzwerk kommunistische Politik‘ zurechnen durchzuführen, als Provokationen. So heißt es im Rundbrief der Bezirksorganisation Südbayern: „Wir begrüßen die Bereitschaft von G+G aus anderen Bezirken, die sich z. T. dem „Netzwerk kommunistische Politik“ zurechnen, diesen Pressefestbeitrag zu unterstützen....“

Mit diesen Ankündigungen verstoßen die Genossinnen und Genossen bewusst gegen die Intention der Beschlusslage des 21. Parteitages. Dieser stellte zur Marxistischen Linken und dem „Netzwerk kommunistische Politik“ fest:

„Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar.“

Der Parteitag fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten „kommunistischen Netzwerk“ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu arbeiten.“

Der Parteivorstand fordert die Bezirke Südbayern, Saarland und Rheinland-Pfalz auf,

- das Programm im Dorf des Widerstandes zu überdenken und wie alle anderen Bezirke auch einen Beitrag von DKP-Bezirken und nicht einen Strömungsbeitrag zu gestalten,
- das gemeinsam beschlossene UZ-Pressesfest wie alle anderen Bezirke mit abzusichern: Finanziell durch den Button-Verkauf und das Sammeln von Spenden und mit zentralen HelferInnen;
- die Durchführung des Beitrags mit Genossinnen und Genossen der veranstaltenden Bezirke abzusichern.

(angenommen bei 2 Gegenstimmen)

---

## **Aufnahmeanträge Trier**

Im Januar hat die DKP Gruppe Trier Aufnahmeanträge in die DKP von drei GenossInnen der SDAJ abgelehnt, weil man die AnwärterInnen und ihre Positionen nicht genügend kenne und es keine Gelegenheit gegeben habe, sie besser kennenzulernen.

Die drei SDAJ-Mitglieder versuchen seit dem 1. Mai 2015 Mitglied unserer Partei zu werden. Sie sind seit Jahren in der SDAJ aktiv, haben dort unterschiedliche Funktionen bis hin zur Mitgliedschaft im Bundesvorstand. Sie waren und sind zu Gesprächen bereit.

In unserem Statut heißt es: „Wird die Aufnahme von der Parteigruppe abgelehnt, so hat der/die Bewerber/in das Recht des Einspruchs beim Kreisvorstand. Lehnt der Kreisvorstand den Einspruch ab, so ist diese Entscheidung endgültig.“ Da Trier eine kreisfreie Gruppe ist, ist die nächsthöhere Ebene, der Bezirksvorstand, zuständig.

Der Parteivorstand bittet den Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz die Mitglieder der Gruppe Trier und die Anwärterinnen zu einem Gespräch einzuladen, um sich über die Gründe der Aufnahmebegehren und die Gründe der Ablehnung zu informieren und ggf. Schritte einzuleiten, um die Aufnahmen zu ermöglichen.

Der Parteivorstand betrachtet es als sinnvoll, dass auch ein Mitglied des Sekretariats des Parteivorstands zu diesem Gespräch eingeladen wird und bittet den Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz entsprechend zu verfahren.

(angenommen bei 1 Gegenstimme)

---

## **Delegierung Parteitag der PCPE**

Zum 10. Parteitag der KP der Völker Spaniens (10. bis 12. Juni 2016 in Madrid) delegiert der Parteivorstand die Genossin Gianna H.

(einstimmig angenommen)

---

## **12. Vier-Parteien-Konferenz 2017**

Die 12. Vier-Parteien-Konferenz von DKP, NCPN, KPL und PTB findet im Frühjahr 2017 in Deutschland statt. Der Parteivorstand bzw. seine Internationale Kommission suchen einen geeigneten Austragungsort.

(einstimmig angenommen)

---

## **Delegierung Parteitag KP Finnlands**

Zum Parteitag der KP Finnlands am 4. und 5. Juni 2016 in Turku delegiert der Parteivorstand den Genossen Hermann Glaser-Baur.

(einstimmig angenommen)

---

## **Arbeits- und Diskussionsmaterial**

### **Die Partei ideologisch festigen – Theorieoffensive in der DKP Antragsteller: Rainer Perschewski**

In der Konsequenz aus dem Beschluss des Parteitages „Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsam Beschlüsse umsetzen!“ muss unter Maßgabe der vom Parteivorstand festzulegenden Schritte ein zügiger Diskussionsprozess organisiert werden.

Der Parteitag hat die Hauptfragen der Diskussion benannt – Zitat:

- *„Wie der gegenwärtige Imperialismus zu charakterisieren ist?*
- *Ob die Europäische Union als imperialistisches Konstrukt zu betrachten ist und damit in jeglicher Spielart einen reaktionären Charakter hat?*
- *Welche Strategie wir zur Überwindung des Imperialismus einschlagen, v.a. in Bezug auf die Fragen, wer das revolutionäre Subjekt ist, wie reformistische Kräfte einzuschätzen sind, mit wem welche Bündnisse anzustreben sind und letztlich ob ein revolutionärer Bruch zum Erreichen des Sozialismus nötig ist?*
- *Welche Rolle und Aufgabe hat die kommunistische Partei? Ist sie eine fortschrittliche Partei unter vielen, oder ist sie die Avantgarde der Arbeiterklasse, die das Schaffen von Klassenbewusstsein und Klassenorganisation als ihre wesentliche Aufgabe begreift?“*

Inhaltlich geht es somit neben der Diskussion um die Gültigkeit der Imperialismusanalyse Lenins um die Staatstheorie, die Revolutionstheorie und um die Parteitheorie, als grundlegende Bestandteile des Marxismus-Leninismus. Mit der weiteren Klärung der theoretischen Grundlagen der Partei ist eine zielstrebige ideologische Auseinandersetzung mit den in der DKP in Erscheinungen getretenen opportunistischen und revisionistischen Auffassungen zu organisieren.

In dieser vorzunehmenden grundlegenden ideologischen Debatte kommt dem Parteivorstand eine besondere Verantwortung zu. Der Parteivorstand muss Inhalt und Ziel der Debatte bestimmen und den Diskussionsprozess organisieren. Nur ergebnisorientiert kann am Ende ein Kenntnisstand erreicht werden, mit dem die Partei kollektiv in der Lage ist, die Situation nachzuvollziehen und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Folgende Maßnahmen zur praktischen Vorgehensweise:

- **auf Bundesebene:**

- In der Rubrik „Theorie & Geschichte“ wird kurzfristig eine einseitige Serie je Ausgabe (Alternativ 14tägig) eingeführt, die unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung darlegen. Hier geht es nicht darum ganz pluralistisch die eine oder andere Position darzulegen, bzw. die entsprechenden Akteure, sondern die durch das Sekretariat zu bestimmenden Genossen. Verantwortlich hierfür ist der Bildungsverantwortliche des PV-Sekretariats. Diese Serie wird verbunden mit der Maßgabe an die Parteigruppen, diese Seite regelmäßig auf den Gruppenabenden zu diskutieren.
- Parallel zu dieser Serie, wird zu den Hauptfragen mit Unterstützung der Bildungskommission zentrales Bildungsmaterial zur Verfügung gestellt. Hierbei ist der Rückgriff auf bestehende Materialien aus der DKP, der SEW und der SED erforderlich. Da von der rechten Opposition die Grundlagen in Frage gestellt werden, sollten die Materialien unserer Partei bis 1990 im Original zur Verfügung stehen. Einleitend sind Fragestellungen für die Diskussion und Hinweise zum Umgang mit den Materialien zu erstellen. Hierbei sollte besonders die aktuellen Bezüge kurz skizziert werden.
- Zur Durchführung der Diskussion in den Bezirken/Landesorganisationen werden zwei zentrale Funktionärsberatungen durchgeführt, die die inhaltliche Diskussion vorbereiten. Schwerpunkt der Teilnehmer bilden Mitglieder der Bezirks-/Landesvorstände und die Gruppenvorstände (insbesondere die Bildungsverantwortlichen der Gruppen – als Multiplikatoren). Jede dieser Beratungen behandelt zwei inhaltliche Schwerpunkte.
- Es ist zu diskutieren, ob der Zeitraum für die Diskussion bis in das Frühjahr 2017 ausgerichtet wird.
- Auf jeder PV Tagung ist ein kurzer Bericht über den Stand der Umsetzung und mögl. Vorbereitungen abzugeben.

- **auf Bezirks- und Landesebene:**

Ebenso wie der Parteivorstand haben die Bezirks- und Landesvorstände die politische und ideologische Verantwortung für die Durchführung der Debatte – auf der Basis des PV Beschlusses.

- Um die PV Vorgaben umzusetzen sind hierzu zentrale Beratungen der Themen erforderlich. Hierzu ist,
  - ein Thema als Tagesordnungspunkt und Schwerpunkt auf einer LV Sitzung im Quartal zu diskutieren. Zu dieser Sitzung werden die Gruppenvorstände explizit aufgefordert an der Sitzung teilzunehmen.
  - in den Bildungskommissionen der Bezirks- und Landesorganisationen soll zu den Themen diskutiert werden (bspw. um Themen aus der Rubrik „Theorie

und Geschichte“ der UZ zu gewährleisten und die Bildungsverantwortlichen in die Lage zu versetzen hierzu qualifizierte Diskussionen zu führen. Verantwortlich für die Durchführung der Diskussion in der Gruppe ist der Gruppenvorstand.

- entsprechend der o.g. Schwerpunkte zwei zentrale Themen für Zirkelarbeit festzulegen mit denen die Parteigruppen die Bildungsarbeit im Herbst 2016 und Frühjahr 2017 durchführen. Das erste Thema beschäftigt sich mit der Organisationspolitischen Arbeit der DKP. Hierzu werden die Schriften Lenins „Was tun“ und „zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück“ zugrunde gelegt, da sie die theoretische Grundlage für unseren Parteaufbau bilden. Die Diskussion zu den theoretischen Grundlagen der DKP ist zu verbinden mit der Auseinandersetzung der in der Partei in Erscheinung getretenen antimarxistischen Positionen

Die Vorbereitungen hierfür können ohne die Festlegungen auf Bundesebene getroffen werden. Um die Bedeutung marxistisch-leninistischer Parteiprinzipien deutlich zu machen könnten bspw. folgende Fragestellungen diskutiert werden:

- Wie kommt in den Grundsätzen und Zielen unserer Partei ihr Charakter als marxistisch-leninistische Kampfpartei zum Ausdruck, welchen Zusammenhang gibt es zwischen diesem Charakter unserer Partei, der Parteidisziplin und einer wirksamen Massenarbeit?
  - Wie werden Kritik und Selbstkritik in der Partei angewandt zur Erhöhung der Kampfkraft der Partei?
  - Was sind Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik?
- Das zweite Thema wird nach den Beschlüssen der PV Tagung festgelegt.
  - Die Themen werden mit einer Materialsammlung und/oder Fragestellungen versehen und Seminarhinweisen. Die mit den Bildungsverantwortlichen ausgearbeitet und im Bezirks- bzw. Landesvorstand diskutiert werden.
  - Auf jeder Bezirks- bzw. Landesvorstandssitzung ist ein Bericht über die Umsetzung der Festlegungen abzugeben. Offene Fragen / Inhalte sollen auf der BV/LV Sitzung diskutiert werden.
  - Auf zwei Aktivtagungen (BV/LV und GV Mitglieder) wird Bilanz der Diskussion in den Gruppen gezogen und entsprechende Schlussfolgerungen diskutiert. Diese sollen in konkreten Maßnahmen bzw. Anträge an den PV beschlossen werden.

(Der Antrag wurde nicht beschlossen. Er fließt als Arbeits- und Diskussionsmaterial ein in die weiteren Überlegungen zur Umsetzung des Beschlusses „Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsam Beschlüsse umsetzen!“)

---

## **Material zur Information**

### **Beteiligung der vier Parteien an der Dauermahnwache gegen atomare Bewaffnung in Büchel - Zeitraum 25. – 28. Mai 2016**

#### **1. Allgemein**

Die DKP beteiligt sich gemeinsam mit ihren Schwesterparteien aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden und wenn möglich mit den befreundeten Jugendverbänden an der Aktion „20 Wochen AktionsPräsenz in Büchel“. Diese steht unter dem Motto „Büchel ist überall!“. Dabei übernehmen wir im Zeitraum vom 25. – 28. Mai 2016 die Dauerpräsenz.

Das Konzept der 20wöchigen Aktions-Präsenz in Büchel - 20 Wochen stehen für die etwa 20 Atomwaffen, die in Büchel lagern - sieht vor, dass verschiedene Gruppen, Organisationen oder auch Einzelpersonen der Friedensbewegung Patenschaften für je eine Woche der Dauermahnwache übernehmen und in dieser Woche in Büchel (mindestens einen Tag) mit ihren Inhalten präsent sind und eine öffentlichkeitswirksame Aktion/Aktivität machen. Im Anschluss an "ihre" Woche hinterlassen die Gruppen/Organisationen/Einzelpersonen ein Symbol ihrer Wahl auf einem Grundstück nahe des Atomwaffenstützpunkten, um ein Zeichen auch der Breite der Friedensbewegung zu hinterlassen.

Die örtliche Initiative hat für die 20 Wochen eine Dauermahnwache angemeldet. Zu weiteren Aktionen des zivilen Ungehorsams (Blockaden etc.) wird aus rechtlichen Gründen nicht aufgerufen.

Die Aktionswoche wird gemeinsam vom DKP Parteivorstand und der Bezirksorganisation Rheinland-Pfalz konzipiert und organisiert. Die GenossInnen aus Luxemburg, den Niederlanden und Belgien werden in die Überlegungen einbezogen. Sie können nicht Träger der Aktion sein, sondern werden nur mit kleinen Delegationen vertreten sein.

Am Freitag wollen wir gewaltfreie Aktionen des zivilen Ungehorsams durchführen.

Wir mobilisieren die Partei bundesweit. In den Bezirken Rheinland-Pfalz, Rheinland, Hessen, Saarland und Baden-Württemberg diskutieren wir mit den Bezirksvorständen über Zielzahlen und die konkrete Beteiligung vor allem am Samstag, den 28. Mai. Dort wollen wir mit einem Konzert einen Höhepunkt organisieren.

An den übrigen Tagen wollen wir jeweils einen Programmpunkt organisieren und ggf. in der Umgebung für das Konzert mobilisieren. Im Folgenden ein erster Vorschlag, der natürlich verändert und erweitert werden kann.

Wir wollen eine Dauerpräsenz von 10 bis 20 GenossInnen von Mittwoch bis Samstag organisieren. Die Initiative vor Ort verfügt über ein Tagungshaus mit 38 Betten, einem Matratzensaal und der Möglichkeit zu zelten. Hier sind von Mittwoch bis Samstag 20 Betten reserviert. Dort gibt es auch eine Großküche zur Selbstverpflegung. (Die Kosten pro Nacht liegen bei 20,- € (Vollzahler), 10,- € (Sozialtarif), die Übernachtung im Zelt ist frei.)

Verantwortlich für die Aktionswoche und deren Koordination für den Parteivorstand ist Patrik Köbele. Es wäre sehr gut, wenn auch der Bezirk Rheinland-Pfalz eine/n Verantwortlichen benennen könnte.

### **Erster Vorschlag für das Programm:**

- **Mittwoch Nachmittag:** Ankunft und „Grillen für den Frieden“  
Film- und/ oder Vortrag zur Geschichte des Fliegerhorstes, seiner aktuellen Bedeutung (Atomwaffenstützpunkt/Drehscheibe für Kriegseinsätze/Syrien) und des Widerstandes mit der Initiative „Büchel atomwaffenfrei“
- **Donnerstag:**  
Zivile Inspektion/Wanderung in Büchel  
Ggf. Mobilisierung zur Kundgebung in Cochem
- **Freitag:**  
Vier-Parteien-Treffen/Diskussion mit Vertretern der vier Parteien zu Strategien in der Friedensarbeit  
Gewaltfreie Aktion des zivilen Ungehorsams.
- **Samstag:**  
**Kundgebung, Konzert & Kunstaktion (Vorschläge!)**

mit Musik von  
Sonja Gottlieb, Achim Bigus, Musikandes u. a.

mit Kunstaktion um etwas „Bleibendes“ auf der Wiese des Friedens zu hinterlassen, zum Beispiel großes Graffiti auf Spanplatte mit den Interbrigadas

mit kurzen Reden von

Vertreter/in des Bezirksvorstandes Rheinland-Pfalz

Patrik Köbele oder Björn Schmidt für den Parteivorstand

Vertreter der vier Parteien (1 Gen. im Namen der 4 Parteien?)

Vertreter des Darmstädter Signals oder der DFG-VK